

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Erich Mühsam, Berlin.
Telefon: Berliner Platz 4/120



Redaktion für Verlag und Redaktion:
Berlin O 204, Berlin - Wilhelms-Platz 6
Telefon: 6666

Die Zeitung wird im Colloredo-Druckwerk in Berlin gedruckt.
Der Inhalt ist nur ein Ausdruck der Meinungen der Redaktion. Die Redaktion ist nicht für die Meinungen der Leser verantwortlich.

Berlin, den 18. Okt. 1932.

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

Hass und Lüge.

SPD. Auf Befehl Moskaus setzt die Kommunistische Partei ihre hemmungslose Hetze gegen die Sozialdemokratie fort. Statt den Kampf zu führen gegen die Nationalsozialisten, auf deren Rücken die "feinen Leute" in die Macht geklettert sind, - ohne die Kommunistische Partei wäre im übrigen auch der Rücken der Nationalsozialisten nicht breit und hoch genug für diesen Aufstieg gewesen - statt die wohlberechtigte Empörung des arbeitenden Volkes gegen das Kabinett der Barone und seine reaktionären Pläne und Massnahmen zu unterstützen, schüren die Kommunisten den verderblichen inneren Kampf in der deutschen Arbeiterbewegung. Ihr einziges Sinnen und Trachten ist es, Hass zwischen die Arbeiter zu säen und das Mittel, das sie dazu anwenden, ist die Lüge.

Alle Nummern der "Roten Fahne", die nachdem letzten 14tägigen Verbot wieder erschienen sind, strotzen von giftgeschwollenen Angriffen gegen die Sozialdemokratische Partei. Hass und Lüge gehen dabei Hand in Hand. Von Vernunft ist in der kommunistischen Journalistik schon längst keine Rede mehr. Von proletarischem Anstand, vom Streben nach Wahrheit gar nicht zu reden!

Sie haben alles vergessen, was Aufklärung und Erziehung durch die grossen Meister des Sozialismus der deutschen Arbeiterschaft gegeben haben, alle geschichtlichen Erfahrungen, alle Erkenntnisse aus dem Kampfe der deutschen Arbeiter sind bei ihnen ausgestrichen. Es gilt nur noch der hemmungsloseste Hass

Hass ist es, der sie das Märchen vortragen lässt, dass das ganze deutsche Volk eine reaktionäre Masse bilde von den Nationalsozialisten angefangen über Papen und die Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten! Hass ist es, der sie die folgenden Sätze prägen lässt:

"Da stehen sie nun vor Euch. Alle, die um den Bestand des kapitalistische Systems bangen: der Etappenhengst von Charleville und der Sozialdemokrat Paul Löbe, die Börsianer von der Burgstrasse und der kleine Goebbels, die Herrnklubler und die Zentrumsführer."

Vernunftgründe vorzubringen gegen diesen unsagbar traurigen Anwurf gegen die Sozialdemokratie wäre zwecklos. Die gewissenlosen Burschen, die Paul Löbe in eine Linie stellen mit dem Exkronprinzen, die Paul Löbe als Verteidiger des kapitalistischen Systems bezeichnen, glauben selbst nicht was sie den Arbeitern vorlügen, und wir möchten den kommunistischen Arbeiter sehen, der dies verlogenen und giftgeschwollenen Unsinn glaubt, den ihm seine eigene Presse vortut! Diese hasserfüllten und verlogenen Hetzer sind ein Krebschaden der deutschen Arbeiterbewegung. Sie schüren mit Hass und Lüge die Zwietracht und sie besorgen damit ebensogut die Geschäfte der feinen Leute, der Barone und der Monarchisten wie es die Nationalsozialisten getan haben!

In einer ebenfalls giftgeschwollenen Polemik gegen die Sozialdemokratie ist der "Roten Fahne" vor einigen Tagen das Zugeständnis entschlüpft, dass ein Generalangriff auf die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse im Gange sei. Sie ist sofort darauf festgenagelt worden, dass mit dem Zugeständ-

nis, dass die deutsche Arbeiterklasse soziale Errungenschaften zu verzeichnen habe, die Politik der Sozialdemokratie gerechtfertigt sei! Alle Arbeiter wissen, dass es soziale Errungenschaften gibt, sie wissen es ganz besonders seitdem die Reaktion mit Macht gegen die sozialen Errungenschaften anstürmt! Bisher hat die kommunistische Propaganda voll verlogenen Hass behauptet, dass es den deutschen Arbeitern unter sozialdemokratischem Einfluss schlechter und schlechter gegangen sei. Jetzt ist unwillkürlich die Wahrheit hervorgekommen. Nun da die Kommunisten ertappt sind verfallen sie auf eine traurige Ausrede: die Bourgeoisie habe die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse überlassen!

Um die Hetze gegen die Sozialdemokratie nach diesem Geständnis fortsetzen zu können, pfeifen sie auf alle marxistischen Lehren und Erkenntnisse, pfeifen sie auf die Lehre vom Klassenkampf und verbreiten sie das Märchen, dass die Bourgeoisie der Arbeiterklasse freiwillig Errungenschaften zugestehe! Soweit haben Hass und Lüge im Bunde die kommunistische Propaganda geführt!

Gegenüber der Kommunistischen Partei, deren einziges Ziel ist Zwietracht zwischen die Arbeiter zu säen, ist Langmut nicht am Platze. Sie muss klar und scharf bekämpft werden, damit die deutsche klassenbewusste Arbeiterschaft ihre ganze Kraft zum Kampfe gegen die Reaktion sammeln kann.

SPD. Am Dienstag trat der Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtag zusammen, um den Ankauf von Aktien der "Kölnischen Volkszeitung" durch die Preussenkasse zu behandeln. Für die Harzburger Stinkbombenfabrikanten war sowohl der Beginn als der weitere Verlauf der Verhandlung überaus enttäuschend. Sowohl der deutschnationale Vorsitzende des Ausschusses Zubke, als auch der deutschnationale Berichterstatte Steuer, wurden wegen ihrer Parteilichkeit, als auch wegen der Unwahrhaftigkeit des Berichts von allen Seiten mit den heftigsten Angriffen überschüttet. Als dann Minister Klepper als Zeuge aufgerufen wurde, versicherte er mit grösster Bestimmtheit, dass er sich mit einem Manne wie Steuer, der ihn als den Ivar Kreuger der preussischen Staatsfinanzen bezeichnet habe, nicht unterhalten werde.

Der Ausschuss beschloss mit allen Stimmen gegen die der Deutschnationalen dass der Deutschnationale Steuer dem Minister Klepper keine Frage zu stellen habe, sondern dass alle diese Fragen durch den Vorsitzenden weiterzuleiten seien.

Nunmehr kann die Vernehmung des Ministers Dr. Klepper beginnen. Der Zeuge sagt aus, über das Geschäft der Preussenkasse mit der "Kölnischen Volkszeitung" habe zunächst eine Besprechung zwischen ihm und Minister Hirtsiefer stattgefunden. Es sei davon gesprochen worden, dass der Görres-Verlag in Köln eine Kapitalerweiterung notwendig habe, dass es aber schwierig sei, die Mittel zu beschaffen, und dass insbesondere die Gefahr einer Beteiligung ausländischen Kapitals bestehe. Dann habe eine Besprechung mit Braun und Höpker-Aschoff stattgefunden. Die Absicht war von vornherein, staatliche Mittel dafür in Anspruch zu nehmen, die Mittel der Preussenkasse aber nur vorübergehend.

Solche Geschäfte sind sowohl in der Vorkriegszeit wie auch nach dem Kriege durchgeführt worden. Ich erinnere nur an den Bereitschaftskredit, den die Preussenkasse 1914 im Einvernehmen mit der Staatsregierung für die Übernahme des Scherl-Verlages zur Verfügung gestellt hat (Grosse Heiterkeit und Hört! Hört!). Der Kredit sei ordnungsgemäss von zwei Direktoriums-Mitgliedern unterzeichnet worden, nämlich von Direktor Albersmann und Dr. Klepper selbst. Im übrigen habe er sich auch nicht auf die Unterlagen verlassen, die ihm Minister Hirtsiefer gegeben habe, sondern er habe einen Status des Görres-Verlages aufstellen lassen.

Auf eine Frage des Vorsitzenden bekundet Dr. Klepper, der Ankauf von "Germania"-Aktien im Werte von etwa 100 000 M durch die Preussenkasse aus dem Besitz der "Kölnischen Volkszeitung" sei nicht etwa erfolgt, um dem Görres-

haus-Verlag flüssige Mittel zu verschaffen, sondern aus denselben Gründen, die zur Beteiligung an der "Kölnischen Volkszeitung" geführt hätten.

In einer längeren Auseinandersetzung über die Frage des Risikoträgers erklärt der Zeuge, dass hinsichtlich des kapitalmässigen Risikos eine endgültige Regelung nicht erfolgt ist, solange Höpker-Aschoff Minister war. Er selbst habe sich bemüht, das Risiko im Interesse der Preussenkasse auf den Staat zu legen, doch sei ein Definitivum wegen der grossen Zurückhaltung des Ministers Höpker-Aschoff nicht zustande gekommen. Das zinsmässige Risiko dagegen habe er, der Zeuge, als Finanzminister nach der Preussenkasse gelegt.

Der Vorsitzende bringt dann die Sprache darauf, dass der Kredit, den die Preussenkasse der Heim-Bank gewährt hatte, um damit Aktien der Görreshaus-A.G. zu kaufen, von der Arbeiterbank übernommen worden ist, sodass auf eine deutschnationale Anfrage im Landtag die Regierung erklären konnte, die Preussenkasse sei nicht an der "Kölnischen Volkszeitung" beteiligt.

Klepper betont, dass er persönlich die Anfrage nicht beantwortet habe, sondern dass die Verantwortung für diese Antwort der damalige Finanzminister getragen habe. Materiell rücke er selbst jedoch von dieser Antwort auch in keiner Weise ab. Auf weitere Fragen erklärt er, zwischen ihm und dem Direktor der Arbeiterbank Geheimrat Bachem seien irgendwie juristische Verbindlichkeiten der Preussenkasse, den Kredit wieder zurückzuübernehmen, nicht vereinbart worden. Bachem habe allerdings für seine Bilanz per 31. Dezember 1931 eine gewisse Entlastung haben wollen, deshalb habe er sich mit einem Brief der Preussenkasse an die Arbeiterbank einverstanden erklärt, der diese Entlastung der Arbeiterbank ermöglicht habe. Aber die Bedeutung dieses Briefes habe nicht darin gelegen, dass ein schon bestehender Zustand bestätigt wurde, sondern dass ein neuer Zustand begründet wurde. Infolgedessen habe der Finanzminister die Anfrage tatsächlich so beantworten können, wie er sie beantwortet habe.

Vors.Zubke: Die Preussenkasse hat diesen Kredit der Arbeiterbank abgelöst durch Vermittlung der Treuhand-Gesellschaft, wobei sie nicht nur das alte Engagement übernahm, sondern auch noch erhebliche Zinsen. Konnten Sie das verantworten?

Zeuge Klepper: Das konnte ich sehr wohl verantworten, weil der Sinn des Geschäfts der war, dass der Staat durch ein ihm nahestehendes Institut die Finanzierung der "Kölnischen Volkszeitung" durchführen wollte.

Vors.Zubke: Welche Zinsen haben Sie damals von den Genossenschaften verlangt? Und bestand bei den Genossenschaften damals nicht eine grosse Notlage?

Zeuge Klepper: Die Preussenkasse hat während meiner ganzen Amtszeit in keinem Stadium erklärt, sie sei nicht in der Lage, den Genossenschaften Kredite zu geben. Sie ist vielmehr immer in der Lage gewesen, die Kredite zur Verfügung zu stellen, die nötig waren. Wenn im allgemeinen eine restriktive Kreditpolitik getrieben wurde, sodass z.B. während meiner Amtszeit das Kreditvolumen von einer Milliarde auf ungefähr 600 bis 700 Millionen zurückgegangen ist, dies aber nur in der allerschlimmsten Zeit, so war das ein Ausfluss der allgemeinen Kreditpolitik, die nur zur Folge gehabt hat, dass das Genossenschaftswesen während der ganzen Zeit der Bankenkrise ohne fremde Hilfe von der Preussenkasse durchgehalten werden konnte. Aus Geldmangel haben wir niemals Zurückhaltung gegenüber den Genossenschaften geübt, sondern immer nur aus allgemein kreditpolitischen Gründen. Diese Politik hat sich gerechtfertigt. Der Ausschuss trat dann in eine Mittagspause ein.

SPD. Dresden, 18. Oktober (Eig. Drahtb.)

Abgeordneter Wels hat bereits kürzlich in einer Rede den ironischen Vorschlag gemacht, den Reichskanzler von Papen als besonders sachverständigen Zeugen für Zeitungssubventionen vor den Preussischen Untersuchungsausschuss Klepper zu laden. Aus Zentrumskreisen erfahren wir hierzu die Begründung für

diesen Vorschlag. Reichskanzler von Papen ist nämlich einer derjenigen gewesen, die zu allererst von der Unterstützung der Görreshaus-Aktiengesellschaft (Kölnische Volkszeitung) erfahren haben, denn als seinerzeitiger Aufsichtsratsvorsitzender der Germania A.G. war er auch Mitglied des Verwaltungsrats der "Kölnischen Volkszeitung", die mit der "Germania" in Interessengemeinschaft stand und steht. Man begreift daher nicht recht, warum Herr von Papen seine politischen Freunde gar so heftig gegen Klepper losreiten lässt.

SPD. Braunschweig, 18. Okt. (Eig. Dr.)

Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Thielemann hat das folgende Schreiben an den Reichsminister des Innern gerichtet:

"Sehr geehrter Herr Minister! Braunschweig hat einen neuen Mord durch Nationalsozialisten erlebt. Der SS-Mann Walter Kampe aus Salzwedel wurde durch den SS-Mann Willi Kaune auf der Landstrasse bei Sickinge aus einem Auto gestossen und durch 7 Schüsse niedergestreckt. Beide gehörten der sogenannten SS-Stabswache, die im Hause Petritorwall 18a in Braunschweig untergebracht ist, an. Vor wenigen Tagen versuchte ein anderer SA-Mann Michalewski einen tätlichen Angriff auf Polizeibeamte, die einen Stahlhelmmumzug, der zu Ehren des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg veranstaltet wurde, schützten. Michalewski beging im Gefängnis einen Selbstmordversuch, indem er ein 21 cm langes Brotmesser überschluckte. Ein anderer jugendlicher SA-Mann, Claus Hantel, der wegen eines Bombenverbrechens in Haft sass, hat ebenfalls versucht, sich im Gefängnis zu töten. Weiter wurde der SA-Mann Schönfeld am 11. Oktober mit einer Brustschussverletzung in das Landeskrankenhaus Braunschweig eingeliefert. Schönfeld lag vorher im SA-Heim "Vater Jahn" am Kleinen Exerzierplatz in Braunschweig. Ferner ist jetzt der in Luther a. Bbg. von seinen Parteigenossen überfallene SA-Mann Bennecke in Goslar gestorben.

Braunschweig ist also nach wie vor ein Unruheherd. Ich darf bei dieser Gelegenheit auf die von der sozialdemokratischen Landtagsfraktion Ihnen vorgelegte Denkschrift über die Verhältnisse bei der braunschweigischen Polizei verweisen. In Braunschweig wird nicht eher Ruhe eintreten, bevor nicht sämtliche SA-Heime und Unterkunftstätten der Nationalsozialisten geschlossen worden sind. Da nicht anzunehmen ist, dass der nationalsozialistische Innenminister, Herr Klagges, gegen seine Parteifreunde, aus deren Reihen er ja sogar eine Hilfspolizei bilden wollte, vorgehen wird, gestatte ich mir, Sie noch einmal ausdrücklich auf die Verhältnisse in Braunschweig hinzuweisen. Ich bitte Sie, das braunschweigische Staatsministerium veranlassen zu wollen, dass die SA-Heime in Braunschweig geschlossen werden. Erst wenn die in Braunschweig zusammengezogenen obdachlosen Leute, die jetzt in den SA-Heimen untergebracht sind, Braunschweig wieder verlassen haben, darf mit der Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung gerechnet werden."

SPD. Breslau, 18. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die überraschenden Verhaftungen zahlreicher SA- und SS-Leute im Zusammenhang mit den polizeilichen Ermittlungen über die bisher ungeklärt gebliebenen Gewaltakte schlesischer Nationalsozialisten im August d. J. bilden in Schlesien gegenwärtig die Sensation des Tages. Weitere nähere Einzelheiten stehen allerdings noch nicht fest, da die Behörden mit Rücksicht auf den Gang der Untersuchungen jede Auskunft ablehnen. Wie nach und nach bekannt wird, sind die Festnahmen von dringender Teilnahme an den Sprengstoff-Attentaten verdächtigen SA-Leuten in der Hauptsache in und um Breslau und Görlitz sowie in der Gegend von Reichenbach und Kohlfurt erfolgt. Mehrere Nationalsozialisten sollen sich der drohenden Verhaftung durch die Flucht entzogen haben. Restlos

aufgeklärt ist bisher nur der Ueberfall auf den sozialdemokratischen Schriftleiter Paeschke in Langenbielau. Es besteht jedoch die Aussicht, dass die übrigen hakenkreuzlerischen Gewaltakte bereits in den allernächsten Tagen restlos aufgehellt sein werden. Von verschiedenen Seiten hört man, dass die in Sachen dieser Ueberfälle bevorstehenden Sondergerichtsverhandlungen höchstwahrscheinlich noch vor den Wahlen zu erwarten sein und allergrösstes Aufsehen erregen werden. Das Verdachtmaterial gegen Heines soll ausserordentlich gross sein. Immer lauter wird das Gerücht, dass die Naziüberfälle ausnahmslos von dem wegen seiner hemmungslosen Gewalttätigkeiten sattem bekannten Gauführer der schlesischen SA organisiert worden sind.

SPD. Kiel, 18. Oktober (Eig. Drahtb.)

In den preussischen Staatsdienst als Amtsgerichtsrat wiederaufgenommen wurde der ehemalige braunschweigische Naziminister Dr. Franzen in Kiel. Franzen wurde seinerzeit unrühmlich bekannt in der Affäre Lohse-Guth bei der Reichstagsöffnung 1930. Franzen, der in Braunschweig als Naziminister das Ministerium übernahm, kehrte später der Nationalsozialistischen Partei den Rücken und liess sich in Kiel als Rechtsanwalt nieder.

SPD. Rom, 18. Oktober (Eig. Drahtb.)

Zur Zehnjahrfeier des Faschismus gehört auch die Erneuerung des Statuts, das für die faschistische Partei künftig gelten soll. Das alte erwies sich als überholt, viele Einzelbestimmungen, die im Laufe der letzten Jahre aufgetaucht sind, mussten eingefügt werden, manche neuen geschaffen werden. Was als Text vorliegt und jetzt veröffentlicht wird, zeigt noch schärfer als vorher den militärischen Milizcharakter der Partei. Als eine Zivilmiliz im Dienste des faschistischen Staates wird sie denn auch richtig bezeichnet. Eine Miliz, in der es nicht wählbare Gleichberechtigte gibt, sondern durchweg Vorgesetzte und Untergebene. Die Vorgesetzten befehlen, die Untergebenen haben zu gehorchen. Oberster Vorgesetzter ist und bleibt Mussolini. Von ihm geht alle Macht in der Partei wie im Staate aus. Er setzt den ersten Parteisekretär ein, behält ihn solange, wie er will, lässt ihn aber durch Verordnung des Königs auf seinen Vorschlag ernennen. Denn das Wesentlichste im Partei charakter ist dies geworden, dass immer mehr die Partei mit dem Staate gleichgesetzt wird, dass viele Funktionen und Rechte der Partei zu staatlichen Funktionen und Rechten gemacht werden, dass nicht Entscheidendes im Staate geschehen kann, ohne dass die Partei oder ihre obersten Würdenträger es billigen und daran handelnd teilnehmen. Das Ziel aller Paragraphen des neuen Statuts ist diese völlige Verschmelzung der Partei mit dem Staat, sodass niemand an den Staatsgeschäften teilnehmen kann, der nicht zur Partei gehört und von ihr gebilligt wird. Es ist also folgerichtig, dass der, den der grosse Bannfluch des Ausschlusses aus der Partei trifft, von allen öffentlichen Aemtern und dem gesamten politischen Leben zwangsweise ferngehalten wird, wie ein Geächteter. Denn es gibt kein Gebiet des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft, das nicht von dieser Partei unter Zwangskontrolle genommen ist, kein Amt und keine Stellung, die ohne Billigung der Partei besetzt werden können.

Wie alles in dieser streng geregelten Hierarchie, die fast genau der militärischen Gliederung und Rangstufung entspricht, so ist auch die Aufnahme der Jugend nicht ein Akt der Freiwilligkeit und der Werbung, sondern ein Akt der militärischen "Arshebung", eine Rekrutenmusterung, die auch als solche bezeichnet wird. Aus den Reihen der faschistischen Jugendorganisation, in die Kinder mit acht Jahren eintreten und mit achtzehn entlassen werden, sucht die Partei ihre Erneuerung in der Zukunft. In welchem Geiste diese jungen Menschen

einzutreten haben, sagt am klarsten die neue Eidesformel. "Im Namen Gottes und Italiens" müssen sie "schwören, den Befehlen des Duce (Mussolini) zu folgen, ohne darüber zu diskutieren". Sie müssen sich in diesem feierlichen Schwur auch bereit erklären, "mit dem Blute, wenn nötig", der faschistischen Sache zu dienen.

Ein kleiner, garnicht unwesentlicher Punkt über die Uniform ist noch erwähnenswert, gerade weil man in Deutschland die Aufhebung des Uniformverbots für nötig erachtete. Für die Schwarzhemden existiert jetzt im Gegenteil eine Art Uniformverbot im täglichen Leben. Sie dürfen das Schwarzhemd längst nicht mehr bei jeder Gelegenheit tragen, sondern nur dann, wenn es bei besonderen Feiern und Anlässen ausdrücklich vorgeschrieben ist. Dagegen muss das Parteiabzeichen ständig getragen werden. Das wird aber schon deshalb überall dort deutlich zur Schau getragen, wo es um Ämter oder um Geschäfte geht, weil das Parteiabzeichen sich für alle solche Angelegenheiten als höchst vorteilhaft erweist....

SPD. Paris, 18. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der "Excelsior" meldet, dass der englische Botschafter Lord Tyrrell wahrscheinlich am Dienstag dem Ministerpräsidenten einen Besuch abstatten und ihn über die Verhandlungen zwischen London und Berlin über die Einberufung der Viermächtekonferenz unterrichten werde. Die französische Regierung erwarte mit Ruhe die weitere Entwicklung der Dinge. Sie habe keinen Grund dazu, auf Genf als Tagungsort zu verzichten, falls MacDonald sich für verpflichtet halte sollte, einen anderen Sitz für die Konferenz vorzuschlagen. Angesichts eines Deutschland, das, wie es den Anschein hat, sehr gut wisse, was es nicht wolle sei es notwendig, dass Frankreich und England wüssten, was sie wollten, und dass sie daran mit Entschiedenheit festhielten. Die letzte Rede des Reichskanzlers, der entschlossen zu sein scheine, seiner Wahlkampagne die Aussenpolitik zugrunde zu legen und dabei noch Hitler zu übertrumpfen, lasse keinen Zweifel an seinen Absichten bestehen.

SPD. Paris, 18. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Skandal in der französischen Luftschiffahrt hat am Montag eine neue Wendung genommen. Bisher hatte der verhaftete Journalist Collin behauptet, dass er alle falschen Dokumente nach Angaben des Direktors der Aero Postale, Bouilloux-Lafont, angefertigt habe. Diese Aussage hatte Bouilloux-Lafont stark belastet. Am Montag hat nun der Untersuchungsrichter einen Komplizen Collins namens Picherie vernommen, den Collin, um sich wichtig und glaubwürdig zu machen, den Direktoren der Aero Postale als einen Polizeikommissar vorgestellt hatte, der Agent des Spionagebüros des Generalstabes sei. Picherie gestand nach anfänglichem Leugnen, dass er der Verfasser verschiedener Dokumente sei und dass Collin ihm die Unterlagen für die Fälschungen verschafft habe. Collin habe Bouilloux-Lafont diese falschen Dokumente aufgedrängt, um ihm möglichst viel Geld zu entlocken. Picherie ist darauf gleichfalls wegen Fälschung von Dokumenten unter Anklage gestellt worden.

Der "Populaire" nimmt die Aussage des Picherie sehr skeptisch auf. Die Zeitung meint, es handele sich hier um bestellte Arbeit, die den Zweck verfolge Bouilloux-Lafont zu entlasten. Picherie sei zehnmal vorbestraft, darunter auch wegen Erpressung. Man dürfe also seiner Aussage keine grosse Bedeutung belegen.

SPD. New York, 18. Oktober (Eig. Dr.)

Die New Yorker Stadtfinanzen sind völlig zerrüttet. Die Stadtverwaltung sah sich unter dem Druck führender Wallstreet-Kreise gezwungen, für etwa 75 Millionen Dollar Budgetkürzungen vorzunehmen. Die führenden Banken hatten die Hergabe eines sofort benötigten Darlehens abgelehnt, so lange das Stadtbudget nicht ausbalanciert sei. Durch die Finanznot ist auch der fünf Cents Einheitsfahrpreis auf den städtischen Verkehrsmitteln bedroht.

SPD. Paris, 18. Oktober (Eig. Drahtb.)

Poincaré hat einem Mitarbeiter des "Petit Journal" auf die Frage, wie er über die Wiederaufrüstung Deutschlands denke, geantwortet: "Die Bewohner Ostfrankreichs sind über die Haltung Deutschlands beunruhigt aber nicht alarmiert, denn sie glauben, dass ein wenig Festigkeit in der Haltung Frankreichs genügen wird, damit Deutschland seinen Kurs ändert. Ich bin also nicht pessimistisch. Der gegenwärtige Zustand der öffentlichen Meinung Frankreichs, so wie ihn die Senatswahlen enthüllt haben, flösst mir Vertrauen ein, denn er ist für eine Politik der Einigkeit, der Klugheit und des Klarblicks günstig."

SPD. Marburg, 18. Oktober (Eig. Drahtb.)

Ein Opfer im freiwilligen Arbeitsdienst wurde ein Arbeiter, der in der Nähe von Biedenkopf mit dem Bohren von Sprenglöchern beschäftigt war. Eine vorzeitige Explosion riss dem jungen Mann die rechte Hand mit dem Unterarm glatt ab.

SPD. Stockholm, 18. Oktober (Eig. Dr.)

Die Skandinavienreise des Prinzen von Wales, deren offiziell eingestandener merkantiler Zweck den Empfangsfeierlichkeiten eine gewisse geschäftliche Note aufdrückte, hat nun die erwarteten Ergebnisse gezeitigt. Wie ein Stockholmer Abendblatt am Dienstag berichtet, sind in London bereits Verhandlungen über einen schwedisch-englischen Handelsvertrag eingeleitet worden. Wie weiter verlautet, soll auch die dänische Regierung beabsichtigen, eine Kommission nach London zu entsenden, um den dänischen Fleisch- und Butterexport nach England vertraglich sicherzustellen. In Dänemark, wo man der Ottawa-Konferenz mit Besorgnis entgegengesehen hatte, herrscht nun aufgrund einer in der "Times" veröffentlichten Auslegung der Ottawa-Verträge die pessimistische Auffassung, dass die neuen handelspolitischen Verpflichtungen Englands den Dominions gegenüber den Import der dänischen Landwirtschaftsprodukte nach England keinen Abbruch tun würden. Auch als Oslo wird gemeldet, dass von englischer Seite Bemühungen im Gange sind, um Norwegen zu einem Handelsvertrag zu bewegen.

SPD. Frankfurt/M., 18. Okt. (Eig. Dr.)

Im Zusammenhang mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahnverwaltung sind im Direktionsbezirk Frankfurt in der ersten Oktoberhälfte 1500 Arbeiter eingestellt worden.

SPD. Paris, 18. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die deutsche Kontingentierungskommission ist von Rom kommend am Dienstag vormittag in Paris eingetroffen. Die Verhandlungen mit Vertretern der französischen Regierung beginnen am Mittwoch. Die Verhandlungen über die Revision des deutsch-französischen Handelsvertrages gehen in Genf zwischen Ministerialdirektor Poose-Deutschland und Ministerialdirektor Elbel-Frankreich weiter.

SPD. Stockholm, 18. Oktober (Eig. Drahtb.)

Nachdem die finnische Regierung am Montag den knappen Mehrheitsbeschluss gefasst hatte, die von den Lappo-Faschisten geforderte Amnestie der Maentsgela Leute nicht ganz zu befriedigen und von den fünf in Haft befindlichen nur vier, nämlich Kosola, Sario, Lundh und Hagalundh auf freien Fuss zu setzen, den fünften aber, den am meisten kompromittierten früheren Generalstabschef Valénius in Gewahrsam zu behalten, kam es am Dienstag zu einer Ministerkrise. Bisher sind die beiden der Lappo-Bewegung nahestehenden Koalitionspartei angehörenden Minister, und zwar der Innenminister Manner und der Wohlfahrtsminister Pavolainen, zurückgetreten. Allgemein wird angenommen, dass es dem Ministerpräsidenten Suhila mit Unterstützung des Staatspräsidenten Sinhufvud gelingen wird, das Kabinett zu ergänzen und eine Regierungskrise zu vermeiden.

SPD. Breslau, 18. Oktober (Eig. Drahtb.)

Wegen Mordverdachts in drei Fällen in Tateinheit mit Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz ist im Zusammenhang mit den zahlreichen Bombenattentaten in Schlesien, an deren Aufklärung Staatsanwaltschaft und Polizeibehörden gegenwärtig fieberhaft arbeiten, gegen den Oberführer der SA der Untergruppe Mittelschlesien-Süd von Obernitz-Reichenbach und seinen Adjutanten Graf Spreti Haftbefehl ergangen. Da beide SA-Führer, die in der schlesischen SA eine tonangebende Rolle spielten, schon lange Zeit flüchtig sind, sind ausserdem Steckbriefe gegen sie erlassen worden. Vermutlich halten sich von Obernitz und Graf Spreti bei Gesinnungsgenossen im Reich auf. Bemerkenswert ist, dass die Namen der beiden geflohenen SA-Führer auf der Reichsliste der NSDAP zur Reichstagswahl zu finden sind. Man glaubt also in der Nazi-Partei, die Flüchtlinge bis nach Beendigung des Reichstagswahlkampfes verborgen halten zu können. Bei den Ermittlungsbehörden herrscht jedoch die Auffassung vor, dass die Ergreifung der beiden Führer noch vor dem 6. November gelingt.

Ein SA-Mann aus Reichenbach, der gleichfalls der Teilnahme an den Gewaltakten im Kreis Nimptsch-Reichenbach verdächtig ist, konnte am Dienstag festgenommen werden. Damit hat sich die Zahl der im Kreise Nimptsch-Reichenbach verhafteten Hakenkreuzler auf vier erhöht.

SPD. Paris, 18. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Studienkommission des Obersten Landesverteidigungsrates ist am Dienstag-Nachmittag unter dem Vorsitz Herriots zusammengetreten, um den von der Genfer Delegation ausgearbeiteten neuen Abrüstungsplan zu prüfen. An den vorbereitenden Arbeiten nehmen der Kriegsminister, der Marine- und der Luftminister sowie Marschall Pétain, Leiter der französischen Luftschutzorganisation, General Weygand, Generalinspektor der französischen Armee, und der Generalstabschef Camelin teil. Erst nach der Billigung durch den Obersten Landesverteidigungsrat wird der Plan dem Kabinett zur endgültigen Annahme unterbreitet werden.

SPD. London, 18. Oktober (Eig. Drahtb.)

Henderson hat seinen Vorsitz in der Labour Party niedergelegt. Er hält es für wünschenswert, dass der Vorsitzende der Partei zugleich der Führer der parlamentarischen Fraktion ist, wie das bisher immer der Fall war bis zu den letzten Generalwahlen. Nach diesen wurden die beiden Ämter geteilt, weil Henderson keinen Parlamentssitz erhielt. Henderson konnte sich wegen seiner Gesundheit und wegen seiner Arbeit auf der Abrüstungskonferenz in den folgenden Monaten nicht bei einer Nachwahl in das Parlament wählen lassen. Ein Nachfolger ist noch nicht bestimmt worden, aber vorderhand dürfte Lansbury, der Führer der parlamentarischen Fraktion, den Vorsitz der Partei übernehmen. Henderson bleibt Generalsekretär der Labour Party.

SPD. Paris, 18. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der tschechische Aussenminister Benesch hat am Dienstag-Nachmittag in einer Festsitzung der Akademie der Wissenschaften, die in diesem Jahre ihr 100-jähriges Bestehen in ihrer jetzigen Form feiert, eine Rede über das Thema "Frankreich und das neue Europa" gehalten. Benesch, der ausländisches Mitglied der Akademie ist, schilderte die Aufgabe Frankreichs, die darin besteht wie im vorigen Jahrhundert der Wegbereiter des neuen Europa zu sein. Die Lösung dieses Problems sei, so erklärte Benesch, sehr kompliziert. Auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet müsste ein neues Entwicklungsstadium vorbereitet werden, in dem die Arbeiterklasse ihren endgültigen Platz finde. Auf politischem Gebiet müsse man sich bemühen, die Krise der Demokratie, des Parlamentarismus, des Pazifismus und der internationalen Solidarität zu lösen, und zwar nicht nur unter Berücksichtigung gewisser berechtigter Kritiken, die gegen diese Einrichtungen gerichtet werden, sondern auch im Bewusstsein dessen, dass es sich wirklich darum handelt, auf der Grundlage der gegenwärtigen Demokratie eine neue Gesellschaft zu errichten, in der die Arbeiterklasse die ihr zukommende politische Rolle spielt und in der eine neue soziale Autorität in jedem Staat und eine neue internationale Autorität geschaffen werde. Er, Benesch, glaube nicht zu übertreiben, wenn er sage, dass alle kleinen europäischen Nationen die Augen auf Frankreich gerichtet haben müssen, ohne deswegen die anderen grossen europäischen Nationen zu vergessen noch kritiklos alles nachzuahmen, was in Frankreich getan wird. Er sei zu dieser Ueberzeugung gelangt, weil Frankreich abgesehen von England allein sein Gleichgewicht nach dem Kriege gewahrt hat und weil seine Entwicklung ständig normal geblieben sei trotz aller Stösse die Europa erschüttert haben. Frankreich werde daher Europa die Wege in die Zukunft weisen.

SPD. London, 18. Oktober (Eig. Drahtb.)

Das Parlament trat am Dienstag nachmittag zusammen. Die Plätze der Mitglieder und die Galerie waren stark besetzt. Die nächsten Tage werden der Behandlung der Abmachungen von Ottawa gewidmet sein, die vor Beginn der neuen Parlamentssession verabschiedet werden sollen. Irgendwelche parlamentarische Schwierigkeiten sind für die Regierung nicht zu befürchten infolge der gewaltigen konservativen Majorität, über die sie verfügt. Bevor die Regierung mit ihrer Verteidigung der Abkommen von Ottawa begann, wurden einige Anfragen beantwortet.

Schon vor Beginn der Sitzung wurde bekanntgegeben, dass England in einigen Tagen Handelsvertragsverhandlungen mit Dänemark, Schweden und Norwegen aufnehmen wird, um die Handelsverträge mit diesen Ländern den neuen Verhältnissen anzupassen. Mit Argentinien sind solche Verhandlungen schon im Gange. Der englische Handelsvertrag mit Russland ist, wie Thomas erklärte, gekündigt

worden und er tritt nach sechs Monaten ausser Kraft. Es liege England jedoch daran, seine Handelsbeziehungen mit Russland aufrechtzuerhalten. Auf eine Anfrage erwiderte Thomas, die englische Regierung erkenne an, dass die den Dominions gewährten Präferenzen gegen staatliches Dumping geschützt werden müssten, das sie entwerten könnte. Simon gab eine aussenpolitische Erklärung über die geplante Viermächte-Konferenz ab. Eine Einigung sei noch nicht erzielt worden über den Tagungsort, aber seine Regierung überlege die nächsten Schritte zur Herbeiführung einer Einigung über diese Frage.

SPD. Die weitere Vernehmung des Finanzministers Dr. Klepper im Ausschuss des preussischen Landtags über die Harzburger Stinkbomben artete in eine endlose Debatte über das Risiko der Preussenkasse bei dem Finanzgeschäft mit der "Kölnischen Volkszeitung" und die Frage der Verantwortung der beteiligten Persönlichkeiten aus.

Abg. Dr. Muhs Nat. Soz. brachte die Sprache nochmals auf das Aktienpaket der "Germania". Der Zeuge erklärt hierauf, es habe sich bei der Übernahme dieser 120 000 Mark Germania-Aktien nicht etwa um eine Finanzierung der "Germania" gehandelt, sondern alle Aktien der "Germania", deren man damals habhaft werden konnte, wurden aufgekauft, um zu verhindern, dass ein bestimmter Grossaktionär die absolute Mehrheit in seinen Besitz bringen könnte. (Zuruf: Wer war denn dieser Grossaktionär?) Zeuge Klepper: Der Reichskanzler von Pappe (Grosse Bewegung.)

Abg. Techner (Ztr): Ist dem Zeugen bekannt, dass auch anderweitig Gelder des Staates oder des Reiches für ähnliche Zwecke verwendet wurden, etwa Gelder der Bank für Industrieobligationen (Osthilfobank) zugunsten der "Deutschen Tageszeitung"? Oder ist nicht auch die "Deutsche Allgemeine Zeitung" unterstützt worden? Zeuge Klepper: Derartige Gerüchte sind mir bekannt. - Abg. Metzinger (Ztr) fragt den Zeugen, ob von seinem Vorgänger in der Preussenkasse Gelder zu verschiedenen Finanzierungszwecken gegeben worden seien. - Zeuge Klepper: Jawohl. Es sind etwa 100 Millionen ausgegeben worden, wie dies schon im Raiffeisenausschuss festgestellt wurde.

Ministerpräsident Braun sagt aus, er wisse nicht mehr, ob zuerst Minister Hirtsiefer mit ihm verhandelt habe, er erinnerte sich nur, dass vielleicht in Gegenwart Hirtsiefers der Finanzminister Höpker-Aschoff ihn gefragt habe, ob er Bedenken gegen die Hergabe des Geldes an die Kölnische Volkszeitung habe. Er habe darauf erwidert, er habe keine Bedenken, im Gegenteil wäre es aus staats- und grenzpolitischen Gründen sehr erwünscht, diese Zeitung zu unterstützen. In welcher Weise das Geschäft durchgeführt worden sei, darum habe er sich weiter nicht gekümmert.

Vors. Zubke: Haben Sie sich mit der Frage beschäftigt, ob die Preussenkasse befugt war, ein solches Geschäft zu machen?

Ministerpräsident Braun: Das war Sache des Ressortministers. Ich hatte nur die politische Seite der Angelegenheit zu prüfen. Im übrigen hatte die Preussenkasse ja so viel Millionen an Uralzeff und andere Schieber gegeben, dass mir garnicht der Gedanke gekommen ist, sie könnte nicht befugt sein, ein so einwandfreies Geschäft zu machen.

Vors. Zubke: Sie können vielleicht noch nicht die Einzelheiten dieses Geschäftes, die wir hier festgestellt haben.

Ministerpräsident Braun: Ich halte es für viel schlimmer, wenn grossen Millionenverluste entstanden sind, weil man ohne weiteres so viel Geld einem hergelaufenen russischen Schieber, einem Subjekt wie Uralzeff anvertraut hat. Hier aber handelte es sich darum, aus staatspolitischen Gründen für eine gefährdete Grenzprovinz einzutreten und eine Zeitung zu unterstützen, die im schwersten Kampf für das Deutschtum stand. Ich habe die Uralzeff-Affäre nur angeführt, um zu begründen, dass mir garnicht der Gedanke kommen konnte

die Grenzen für die Tätigkeit der Preussenkasse seien sehr eng. Ich habe daraus jedenfalls geschlossen: der Aufgabenkreis der Preussenkasse muss doch sehr weit sein, wenn sie solchen Schiebern Geld gibt.

Abg. Dr. Muhs (Nat. Soz.): Wer trug nach Ihrer damaligen Ansicht die Verantwortung für das Geschäft?

Ministerpr. Braun: Derjenige, der das Geschäft macht! Ich leitete die Politik des Staates. Wenn von einem unter Leitung des Staates stehenden Institut eine Handlung vorgenommen wurde, die auch politisch zu beurteilen ist, dann bin auch ich befragt worden. Die Frage, wer im einzelnen die Verantwortung privatrechtlicher oder vermögensrechtlicher Natur übernimmt, ist Sache des Fachministers, der das Institut betraut. Ich habe die politische Verantwortung dafür übernommen und die trage ich!

Abg. Rau (Komm): Ihnen war doch aber bekannt, dass der Landtag aus der Weitherzigkeit, mit der die Preussenkasse im Raiffeisenfall verfahren war, Schlussfolgerungen gezogen hat.

Ministerpräsident Braun: Wenn die Frage so gestanden hätte, dass wieder einem Schieber wie Uralzeff grosse Kredite gegeben werden sollten, dann würde ich mein Veto eingelegt haben. Aber die Görreshausgesellschaft in Köln ist doch nicht auf eine Linie zu stellen mit diesem Schwindler! Die Frage der Zuständigkeit war vom Ressortleiter zu prüfen. Der Gedanke der Nichtzuständigkeit ist mir garnicht gekommen, weil ich aus den ganzen Verhandlungen über den Uralzeff-Schwindel entnahm, dass der Geschäftsbereich der Preussenkasse sehr weit gezogen sei. Abg. Dr. Muhs: Sie können doch höchstens das Gegenteil daraus schliessen! Ministerpräsident Braun: Was ich daraus schliesse, ist meine Sache (Bravo! bei den Soz. und im Zentrum.)

Zeuge Minister Hirtsiefer, der dann noch vernommen wird, sagt aus, dass die Frage einer Umbildung der Görreshaus-G.m.b.H. an ihn herangebracht worden sei. Es habe sich um die Frage gehandelt, ob die Möglichkeit bestehe, für die "Kölnische Volkszeitung", die als Grenzblatt zahlreiche Leser in Westeuropa habe, in grenzpolitischer Hinsicht eine Beteiligung herbeizuführen.

Abg. Neddermeyer (Komm): Sie haben ausserdem Germania-Aktien aufkaufen lassen. Geschah das vielleicht auch aus "grenzpolitischen Gründen" gegenüber Herrn von Papen? (Heiterkeit.) Zeuge: Wir hatten selbstverständlich ein Interesse daran, dass die "Germania" nicht in eine bestimmte politische Richtung hinein kam, die dem Staatsinteresse entgegenstand. Abg. Dr. Muhs (Nat. Soz.): Welche staatspolitische Richtung war es denn, die gefährlich werden konnte? (Zuruf v. d. Komm.: Papen! - Heiterkeit.) Vorsitzender: Fürchteten Sie damals schon Herrn von Papen mit seinem Aktienbesitz in der "Germania"? - Zeuge: Das kann sein! (Gr. Heiterkeit.)

Mit grosser Mehrheit wird beschlossen, Reichskanzler von Papen, Staatssekretär Planck und den Präsidenten Helfferich von der Preussenkasse und einige andere Zeugen zu laden.

SPD. Prag, 18. Oktober (Eig. Drahtb.)

Ministerpräsident Udrzal hat dem Präsidenten Masaryk seine Demission aus Gesundheitsrücksichten überreicht. Die Gesamtdemission des Kabinetts wird für Mittwoch erwartet. Die Agrarpartei, der Udrzal angehört, bestimmte den jetzigen Vorsitzenden des Abgeordnetenhauses Malypedr, die Zusammenstellung der neuen Regierung zu übernehmen. Man rechnet mit Sicherheit damit, dass er hiermit vom Präsidenten Masaryk nach der am Freitag stattfindenden letzten Ministerratsitzung betraut werden wird. Innerhalb der neuen Regierung werden einige Änderungen in den Personen erfolgen, über die bisher nur Kombinationen bekannt sind. Der tschechische sozialdemokratische Parteivorstand hielt am Dienstag eine Sitzung ab, in der beschlossen wurde, auf der jetzigen Zusammenstellung der Koalition zu beharren.

SPD. Brüssel, 18. Oktober (Eig. Drahtb.)

Nach fieberhaften Verhandlungen zwischen Ministern und politischen Führern, die den ganzen Dienstag über geführt wurden, und nachdem Ministerpräsident Renkin zweimal mit dem König verhandelt hatte, beschloss der Ministerrat am Dienstag-Abend den Rücktritt der Regierung. Die Regierung konnte sich über die Frage der sofortigen Auflösung des Parlaments, die von den liberalen Ministern gefordert wurde, nicht einig werden. Insbesondere der Ministerpräsident lehnte es ab, Chef einer Regierung zu bleiben, die im jetzigen Augenblick die Neuwahlen ausschreiben sollte. Es wird als sicher angenommen, dass die wesentliche wenn nicht einzige Aufgabe der neuen Regierung, wie auch ihre Zusammensetzung sein möge, die Auflösung des Parlaments und Durchführung von Neuwahlen sein wird.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Not- und Mehrheitsgemeinschaft?

von Rudolf Breitscheid.

SPD. Der Zentrumsführer Kaas hat seine Rede zu Münster, mit deren Kritik an dem System Papen auch wir Sozialdemokraten weitgehend einverstanden sein können, in eine Mahnung zur Bildung einer Not- und Mehrheitsgemeinschaft ausklingen lassen. "Wenn heute" - so sagte er - "drei, vier, fünf politische Führer der verschiedenen Lager den Mut hätten, sich den aufrüttelnden Ernst der Stunde einzugestehen, und aus der Erkenntnis dieses Ernstes zu dem Entschluss vorzustossen, ihre ganze Autorität und den ganzen Einsatz ihres Führertums zu wagen, um ihre Gefolgschaft auf die Bildung einer deutschen Not- und Mehrheitsgemeinschaft zu verpflichten, dann wäre die Durchbruchsschlacht deutscher Selbstbestimmung geschlagen."

Dieser Appell ist, wie wir schon mit Rücksicht auf die Zahl der Lager annehmen möchten, auch an die Adresse der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Führer gerichtet. Er ist üb erflüssig, soweit er zur Erkenntnis des Ernstes der Stunde auffordert, denn niemand sieht klarer als wir, welche Wolken über Land und Volk liegen und welche Gefahren noch drohen. Aber auf der anderen Seite ist die Mahnung nicht ganz verständlich an dem Punkte, wo sie von den aus der Erkenntnis zu ziehenden Schlussfolgerungen spricht. Was begreift Herr Kaas unter der Not- und Mehrheitsgemeinschaft? Denkt er etwa an eine Regierungs- oder auch Tolerierungscoalition? Es wäre gut, wenn er sich darüber etwas deutlicher ausgesprochen hätte. Aber freilich würde ihm und seinen Freunden ein tieferes Eindringen in diesen Gegenstand auch gleich die ungeheuren Schwierigkeiten, oder besser gesagt die Unmöglichkeit der Verwirklichung von solchen Koalitionsideen klar gemacht haben.

Eine Mehrheit gegen das Kabinett Papen und seine Politik zu schaffen, ist nicht notwendig. Sie ist bereits vorhanden. Sie umfasst alle Parteien, mit Ausnahme der Deutschnationalen. Mit dieser Oppositionsmehrheit ist jedoch wenig anzufangen und zwar schon deshalb, weil zu ihr starke Gruppen gehören, die den antidemokratischen Grundgedanken der gegenwärtigen Regierung nur deshalb ablehnen, weil nicht sie es sind, die die Macht besitzen und sie ausüben. Das sind die Kommunisten, an deren Eintritt in die von ihm angestrebte Gemeinschaft Herr Kaas wohl auch kaum gedacht hat, aber das sind auch die Nationalsozialisten, mit denen das Zentrum vor der Auflösung des Reichstags schon eine gemeinsame Grundlage zu finden suchte. Die Nationalsozialisten bemühen sich freilich, die Rolle von Hütern der Demokratie und Verteidigern der Volksrechte zu spielen, aber wenn über die Ernsthaftigkeit dieses Unternehmens noch irgend welche Illusionen hätten bestehen können, so wären sie durch Adolf Hitler zerstört worden, der gerade dieser Tage in Königsberg als ausschliessliches Ziel seiner Politik wieder einmal die Eroberung der Macht für sich selbst hingestellt hat. "Wenn wir einmal die Macht bekommen, so werden wir sie, so wahr uns Gott helfe auch behalten. Wegnehmen lassen wir sie uns dann nicht mehr."

Herr Kaas hat sich in Münster mit aner kennenswertem Eifer für die Erhaltung des wesentlichen Inhalts der Weimarer Verfassung und damit der Demokratie eingesetzt. Was die Nationalsozialisten von jeher erstrebt haben und heute noch erstreben, ist die Diktatur, und sie können daher für eine Gemeinschaft derer, die sich für die vom Volke ausgehende Staatsgewalt einsetzen, nicht in Betracht kommen. Als Mitkämpfer gegen das Regierungssystem Papens darf der nicht gelten, der das Selbstbestimmungsrecht der Nation in noch weiterem Umfang und mit noch weit gefährlicheren Methoden beseitigen will als die gegenwärtige Regierung.

Ausserdem handelt es sich nicht nur um die Staatsform. Wir haben dem heute herrschenden Kurs auch noch andere Dinge vorzuwerfen, als seinen Bruch mit der Demokratie. Aber mögen wir nun an seine Wirtschaftspolitik denken, mögen wir seine antisozialen Bestrebungen ins Auge fassen, mögen wir seine

Kritik am "Marxismus" prüfen, oder seine Aussenpolitik untersuchen -, überall stossen wir doch auf Anleihen bei dem sogenannten Gedankengut der Nationalsozialisten. Wären diese an der Macht, oder hätten sie innerhalb einer irgendwie gearteten Regierung Einfluss, so würde sich auf all den erwähnten Gebieten ihr Verhalten und ihr Vorgehen nicht unterscheiden - jedenfalls nicht zu seinem Vorteil unterscheiden - von dem, was gegenwärtig geschieht und geplant wird.

Indessen genügt es nicht, nur von der Kluft zu sprechen, die uns von den Anhängern Hitlers trennt. Eine Gemeinschaft, deren Zweck sich nicht auf die Beseitigung der derzeitigen Regierung beschränken soll, müsste in einer ganzen Reihe von Problemen der inneren Uebereinstimmung sicher sein. Sie müsste nicht nur die Wiedereinsetzung der Demokratie wollen, sie müsste vor allem auch ein einheitliches Programm für die Beseitigung der wirtschaftlichen und sozialen Not besitzen. Verurteilung der Papenschen Ideen würde nicht ausreichen. Deshalb haben wir die Frage aufzuwerfen, ob es in diesen Beziehungen einen Boden gibt, auf dem sich insbesondere die Sozialdemokratie mit anderen Parteien finden könnte, und da müssen wir mehr als skeptisch sein.

Ueber die Ablehnung des Wahnsinns der Autarkie, über die Notwendigkeit der Wiederherstellung sozialer Rechte der Arbeiter, über die Beseitigung eines Systems, das auf Kosten der Besitzlosen das kapitalistische Unternehmertum über Wasser halten will, würde man sich am Ende notdürftig verständigen können. Aber unserer Grundauffassung, nach der die Ueberwindung der sich bergehoch türmenden Schwierigkeiten nur von einer Abkehr von der kapitalistischen Produktionsweise und einer entschlossenen Wendung zum Sozialismus erwartet werden kann, würde man keine Zugeständnisse machen. Das aber ist und soll sein der Angelpunkt unserer Politik. Die Sozialdemokratie steht und fällt mit der Idee des Sozialismus und mit den Verstaatlichungsforderungen, die gerade im gegenwärtigen Wahlkampf den Kern ihrer Aufklärungsarbeit bilden. Sie kämpft um eine Wirtschaftsweise, die den Arbeitenden aus seinen Fesseln befreit. Sie will um der Gesamtheit willen eine planvolle Regelung der Produktion an die Stelle der Anarchie setzen. Sie will darüber hinaus durch die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und des Grossgrundbesitzes die Macht und den Einfluss der Schichten brechen, auf die sich das "volksfremde" Präsidialkabinett von heute stützt.

Unter diesen Umständen glauben wir nicht an die Möglichkeit der Verwirklichung von Gemeinschaftsideen im Sinne irgendwie gearteter Koalitionen. Deutschland ist in eine Periode eingetreten, in der es mehr als je unzweckmässig sein würde, vorhandene Gegensätze zu verdecken. Aber das hindert selbstverständlich nicht, dass die Sozialdemokratie bereit sein würde, die Unterstützung jeder Partei und jeder Gruppe anzunehmen, die ehrlich und entschlossen mit ihr gemeinsam die Demokratie wiederherstellen und erhalten will. Schon deshalb weil wir in der Demokratie das Fundament sehen, auf dem wir das Haus des Sozialismus errichten wollen!

SPD. Dresden, 18. Oktober (Eig. Drahtb.)

In der Dienstag-Sitzung des sächsischen Landtags wurde ein nationalsozialistischer Auflösungsantrag gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten abgelehnt. Ferner nahm der Landtag gegen wenige Stimmeneine Reihe sozialdemokratischer Anträge an, die eine umfangreiche Hilfsaktion für die Notleidenden verlangen.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Die Grundlagen der Verfassung;.

SPD. Die Präambel der Verfassung von Weimar lautet:

"Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äusseren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung zu geben."

Dementsprechend lautet der Artikel 1 der Weimarer Verfassung: "Das deutsche Reich ist eine Republik, die Staatsgewalt geht vom Volke aus." Darin liegt begründet die Einheit des Volkes, die zugleich Einheit des Reiches bedeutet. Die Verfassung ist hervorgegangen aus dem Willen des souveränen Volkes, die Einheit des Reiches ist fest begründet im Willen des Volkes, das sich die Verfassung gegeben hat.

Die Verfassungsdoktoren, die die Weimarer Verfassung zerstören, und eine neue Verfassung an ihre Stelle setzen wollen, trachten danach, von diesen Grundprinzipien der Einheit von Volk und Reich und der Volkssouveränität herunterzukommen. Ihre Verfassung soll auf eine andere Grundlage gestellt werden. Sie wollen neue Staatsverträge zwischen den Ländern schliessen lassen und auf diese Staatsverträge ihre neue Verfassung aufbauen. Das ist die Rückkehr zu den Verfassungsprinzipien von 1871, die keine Volkssouveränität kennt. Die Präambel zur Verfassung von 1871 lautet:

"Seine Majestät der König von Preussen im Namen des Norddeutschen Bundes, seine Majestät der König von Bayern, Seine Majestät der König von Württemberg, Seine Königliche Hoheit der Grossherzog von Baden und Seine Königliche Hoheit der Grossherzog von Hessen und bei Rhein für die südlich vom Main belegener Teile des Grossherzogtums Hessen schliessen einen ewigen Bund zum Schutze des Bundesgebiets und des innerhalb desselben gültigen Rechtes, sowie zur Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes."

Im Unterschied zwischen der Präambel von 1871 und der Präambel von 1919 liegt beschlossen der Kampf zwischen dem Recht und der Souveränität des Volkes auf der einen Seite und dem Machtwillen der Anhänger des Obrigkeitsstaates und den Monarchisten auf der anderen Seite. Die Volkssouveränität soll hinweghämert werden. Wäre das einmal geschehen, so wäre der Schritt zur monarchischen Verfassung weitgehend vorbereitet!

Die Verfassungsdoktoren von 1932 wollen jedoch noch hinter die Verfassung von 1871 zurück! In der Präambel von 1871 wurde ausdrücklich als Zweck der Verfassung die Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes gezeichnet. Herr von Papen als Chef des Kabinetts der Barone aber, das die Verfassung von 1919 ändern will, hat ausdrücklich den Wohlfahrtsstaat mit dem grossen Bannfluch der Barone belegt!

Majestäten.

Zur Fürstenhochzeit in Koburg ist eine lange Liste von Majestäten aufgestellt worden, die als Ehrengäste erscheinen sollen. Die auswärtigen Fürstlichkeiten werden durch eine Ehrenkompagnie der republikanischen Reichswehr begrüsst werden. In der Liste der Ehrengäste findet man die folgenden verzeichnet: "Die Zarin von Russland" - das ist die Grossfürstin Kyrill, die im Exil lebt, Ferner "König Rupprecht von Bayern" - damit ist der bayerische Exkron

prinz Rupprecht gemeint. Es wird sich sehr gut machen, wenn eine Ehrenkompagnie der Reichswehr der deutschen Republik präsentiert für die Zarin von Russland und den König Rupprecht von Bayern. Es wird in gleicher Weise eine Demonstration sein gegen die Sowjetunion, mit der die deutsche Republik nicht nur in korrekten sondern auch in freundschaftlichen Beziehungen lebt, wie gegen die deutsche Verfassung und die verfassungstreuen Staatsbürger in Deutschland!

Goerings Böcke.

Aus einem Brief des Präsidenten des Preussischen Landtags Kerl an den Staatssekretär für Landwirtschaft hat man seinerzeit erfahren, dass Herr Goering in preussischen Staatsforsten einen Hirsch schießen wollte, dass er aber von einer ihm gebotenen Gelegenheit keinen Gebrauch gemacht hat, weil ihm der Hirsch zu dünn war. Diese Affaire hat bekanntlich ihre Folgen gehabt. Weil Herr Goering nicht dazu gekommen ist, sich an Hirschen weidmännisch zu erproben ist er im Reichstag zielbewusst auf die Böcke losgegangen und hat einen kapitalen Bock nach dem andern geschossen.

Inzwischen scheint ihm die Einsicht aufgegangen zu sein und er will nun lieber statt Böcken Hirsche schießen. Da er aber mit den dünnen Hirschen nicht zufrieden ist, die ihm die kommissarische Verwaltung in Preussen zum Abschuss vorführen lassen wollte, ist er ins befreundete Ausland gegangen, sodass die mecklenburgische Presse hochhoffiziös mitteilt, dass die mecklenburg-schwering'sche Staatsregierung - d.h. dass der Schwager von Herrn Goebbels - Herr Goering im Wildpark Friedrichsmoor den Abschuss eines kapitalen Rothirsches genehmigt habe.

In seinem Schreiben an den Staatssekretär für die Landwirtschaft hat der Herr Kerl zu verstehen gegeben, dass Herr Goering bis zum nächsten Jahre warten wird, weil dann "wir selbst die Hirsche in der Schorfheide verteilen werden". Entweder hat nun Herr Goering nicht warten können, oder die Hoffnungen der Nazis auf die Uebernahme der Regierung in Preussen sind so gesunken, dass Herr Goering sich lieber mit einem mecklenburgischen Hirsch bescheiden und auf die preussischen Staatsböcke verzichten will.

Der gemeingefährliche Unfug.

Die "Deutsche Allgemeine Zeitung" hat in ihrer Nummer 488 einen Anfall von Vernunft erlitten, als sie sich gegen "den gemeingefährlichen Unfug wandte den Neidinstinkt zu seinem beherrschenden Faktor des öffentlichen Lebens zu machen". Sie hat dagegen protestiert, dass es üblich geworden sei, seine politischen Gegner zuerst danach zu fragen, wieviel Gehalt sie im Durchschnitt der letzten drei Jahre bezogen haben. Es ist erst ein halbes Jahr her, dass in der Wochenschrift "Der Vorstoß", die im Verlag der "Deutschen Allgemeinen Zeitung" erschien, ein gegen führende Sozialdemokraten gerichteter Artikel veröffentlicht wurde unter der vielsagenden Ueberschrift: "Bonzen und ihr Einkommen". In diesem Aufsatz wurden die verlogenensten Behauptungen über das Einkommen der Sozialdemokraten Wissell, Dr. Hertz, Noske und Stücklen aufgestellt. Die Verleumdeten hatten geklagt, die Gerichtsverhandlung war für den Verfasser des Artikels moralisch vernichtend, sie endete mit seiner Verurteilung. Heute rückt die "Deutsche Allgemeine Zeitung" von solchen Methoden ab. Sollte es nicht damit zusammenhängen, dass diese Methoden, die auch in den Kreisen der "Deutschen Allgemeinen Zeitung" gegen Sozialdemokraten üblich waren, nunmehr von den Nazis übernommen worden sind und gegen die Hintermänner der "Deutschen Allgemeinen Zeitung" angewandt werden? Sie werden jetzt mit dem gestraft, womit sie gesündigt haben und hinterher kommt die Reue!

Die Welt

Der unheimliche Gast.

Was will Kapps ungarisch-chinesischer Pressechef in Berlin?

SPD. Augenblicklich predigt in Berlin ein buddhistischer Mönch namens Chao Kung die Lehren Buddhas: das Leben bestehe aus dem Verlangen nach Sensationen, dem Kampf um's Dasein, der Jagd nach Illusionen. Was bringt diese Jagd uns? Nur Kummer. Man befreie sich von den Illusionen und man erringt das Glück.

Der Mann, der so weise ist, hiess, bevor er in einem Pekinger Kloster die Weihen empfing, Trebitsch-Lincoln. Als der ungarische Jude Trebitsch raste er durch drei Erdteile, schwamm er in vielen Strömungen, war er verwickelt in viele Abenteuer - bis er eines Tages in den Pekinger Orden Buddhas eintrat, von Nachts um 2 Uhr bis in die nächste Nacht arbeitete, viele Stunden auf dem kalten, steinernen Fussboden kniete, hundert und acht Mal den Turnus von Knien, Liturgiegesang und Aufstehen wiederholte und sich bei einer sehr schmerzhaften Prozedur in den geschorenen Kopf von zwölf kleinen Kerzen, die in chinesische Tusche getaucht wurden und während der Zeremonie einen erstickenden Dunst ausströmten, zwölf Narben einbrennen liess. Aber während er in der Abgeschlossenheit mit der Welt abgeschlossen zu haben schien, alarmierten die englischen Zeitungen die Öffentlichkeit, indem sie behaupteten, dass Trebitsch-Lincoln durch sein neues Priesteramt nur seine Rachegefühle gegen England weiter verfolge. Trebitsch-Lincoln sei jetzt, behaupteten die Engländer, ein Anhänger des "lebenden Buddha", eines Priesters, der dem "Lama von Tibet" an Rang gleichsteht. "Der lebende Buddha" bildet aber nun den Mittelpunkt der prochinesischen Partei unter den Tibetanern - im Gegensatz zur probritischen Partei des Dalai Lama. Trebitsch-Lincoln hoffe, so deutete man seine Buddhisten-Maskerade, durch seine Tätigkeit die prochinesische Tibetpartei zu stärken und vielleicht eines Tages Tibet China anzugliedern.

Wer ist dieser Mönch, hinter dessen weiser Resignation man soviel politische Intrigue vermutet? Er wurde 1879 als Sohn des ungarischen Getreidehändlers und Reeders Nathan Trebitsch geboren. Nach manchen Versuchen als Schauspieler und Schriftsteller trat er zum Christentum über und betätigte sich als Juden-Missionar. In dieser Eigenschaft ging er nach Kanada, fristete zunächst sein Leben ärmlich in landwirtschaftlichen Betrieben, zeichnete sich aber durch seinen Bekehrungseifer und durch seine psychologischen Fähigkeiten aus. Er wurde schliesslich, dank einer grossen Rednergabe und dank seiner Suggestivkraft zu einem Missionar-Star.

Aber nie klebte er an einem Posten, nie ruhte er auf seinen Lorbeeren aus. Er fuhr nach England zurück, wurde hier ein kleiner Dorfpfarrer, verrichtete Gebete, taufte, vermählte, segnete die Toten ein, bis er eines Tages durch eine Erbschaft seiner Frau finanziell unabhängig war, die Arbeit im Dienste der Kirche aufgab und sich vornahm, englisches Unterhaus-Mitglied zu werden - was er mit Hilfe seiner ausserordentlichen Energie erreichte. Wie er vorher sein theologisches Feuerwerk abgebrannt hatte, so liess er jetzt sein parlamentarisches zünden. Er kandidierte für die Liberale Partei in einem Wahlkreis, der seit ewigen Zeiten den Konservativen gehört hatte. Der Wahlkampf um den Schutzzoll war so heftig, dass der kleine Ort Darlington durch Tre-

bitsch-Lincoln plötzlich zum Mittelpunkt des politischen Kampfes gemacht wurde. Balfour und Chamberlain, Lloyd George und Asquith, Mc Kenna und Churchill begaben sich an die Kampfstätte Trebitsch-Lincolns. Und er siegte.

Vorhang. Neues Bild. Nachdem er sein Ziel erreicht hatte, packte ihn plötzlich ein anderes Interesse: die gelizische und rumänische Oel-Industrie. Jetzt plante er ebenso leidenschaftlich die Fusionierung der Gesellschaften, welche die Rohrleitungen herstellten, wie er vorher die Judenmission und dann den Freihandel enthusiastisch propagiert hatte. Da kam der Weltkrieg. In seinem Londoner Club meinte der erste Sekretär, dass ein Ungar kein Brite sei, auch dann nicht, wenn der Ungar naturalisiert wäre. Einés Tages bezichtigte man den Ungarn von einst sogar der Spionage. Er floh nach Amerika und intrigierte hier gegen England. England liess ihn in Amerika festsetzen. Auf abenteuerliche Weise brach er aus dem Gefängnis aus, ging auf eine grosse amerikanische Zeitung und lancierte in die Presse amüsante Frechheiten gegen die amerikanische Polizei, der er entwichen war. Schliesslich wurde er gefasst, nach England überführt und hier eingesperrt. Nach dem Kriege beehrte er dann Deutschland.

Diese Episode seines Lebens ist in Deutschland wohl am besten bekannt. Trebitsch-Lincoln wurde Presse-Chef Kapps, verhandelte mit Wilhelm II. und dem Kronprinzen wegen ihrer Rückkehr nach Deutschland, wurde den Rechtskreisen unbequem, erfuhr, dass er beiseite gebracht werden sollte, und re-vanchierte sich, indem er geheimes Material Paris und Prag anbot. In Prag hatte er dann einen grossen Prozess. in dem er für den aus ausbedungenen Preis kämpfte, den man ihm angeblich vorenthielt.

Nach dem Zusammenbruch des Rechtsputsches in Mitteleuropa war für Trebitsch-Lincoln kein Platz mehr auf diesem Erdteil. Er ging nach China. Sein Motto hiess: Rache an England! Er kam in das chinesische Chaos - und tat sich bei Marschall Wu Pei Fu als Organisator auf. Sein Plan ging von der Ueberlegung aus: Britanien ist an zwei Stellen verwundbar - in Indien und in Aegypten; China kann England in Indien packen. Er bemühte sich um europäische Kredite für China - und fiel auf irgendeine Firma Knoll herein, die es garnicht gab. Letztes Bild: Buddhisten-Mönch in Kimono, Pantoffeln und langem Bart.

Ist er weise geworden? Ist seine Energie verbraucht? Es sieht kaum so aus. Schon ist er wieder im brennenden Europa. Ist es vielleicht kein Zufall, dass er, Mitarbeiter des Kapp-Putschs, Verbindungsmann zu den beiden Wilhelms, in diesem Moment in Berlin erscheint? Oder brennt in ihm immer noch die Rache gegen England? Hoffte er vielleicht eine Front Mitteleuropa-Russland herzustellen, um England entscheidend zu treffen? Man kann auf diese Fragen keine Antwort geben; denn Lincoln-Trebitsch lebte nie im Dienste einer Idee. Er war immer nur - "tätig" und nichts weiter - - .

Dr. L. M.

+ + +
Pest auf Java. In den javanischen Orten Panawoan und Patrol herrscht die Pest in letzter Zeit ausserordentlich stark. Täglich erliegen sechs bis acht Menschen der Epidemie. Panawoan zählt bereits mehr als hundert Gräber von Pestkranken. Es fehlt an kundiger ärztlicher Hilfe, und wer erst einmal angesteckt ist, legt sich mit hohem Fieber und stirbt schnell. Den Bewohnern von Patrol hat man wegen der zahlreichen Todesfälle bereits empfohlen, das Dorf zu räumen. Auf den Reisfeldern wurden Wohnbaracken errichtet. Man führt die Seuche auf Ratten zurück, die von Dorf zu Dorf ziehen und die Krankheit immer weiter verbreiten.
+ + +

Schlagwetter-Katastrophe. Auf der Steinkohlengrube Jakoba in Hückelhoven bei Aachen kam es am Dienstag auf einer 360 Meter tief liegenden Sohle zu einer - hinsichtlich ihrer Entstehungsursache noch ungeklärten - Schlagwetterexplosion. Ein Bergmann war sofort tot, sechs Bergleute erlitten schwere Brandwunden; drei von ihnen schweben in Lebensgefahr. Fünf Bergleute erlitten bei dem Versuch, ihren Kameraden zu helfen, durch Einatmen der Nachschwaden Gasvergiftungen.

+ + +
Die teure Hummel. Die Kosten, die der Reichsregierung für die Nachforschungen über die Persönlichkeit des Endinger Daubmann-Schauspielers Ignaz Hummel entstanden sind, belaufen sich auf ungefähr 10 000 Mark...

+ + +
Die Konnersreutherin. Auf der Freisinger bayerischen Bischofskonferenz wurde beschlossen, auf die stigmatisierte Therese von Konnersreuth in dem Sinne einzuwirken, dass sich das junge Mädchen, mit dessen wunderlichem Dasein bisher ziemlich viel Unfug getrieben wurde, in einer Universitätsklinik einer wissenschaftlich-medizinischen Untersuchung zu unterwerfen habe. Es wird behauptet, dass der Wunsch der bayerischen Bischofskonferenz auf den Einfluss des Kardinals Faulhaber zurückzuführen sei. Schon im November 1927 hat Kardinal Faulhaber erklärt, dass von kirchlicher Seite eine wissenschaftliche Untersuchung der bei Therese auftretenden Phänomene - ungewöhnlich grosse Fastenfähigkeit, jesushafte Wundmale und Beherrschung eines aramäischen Dialektes, wie er angeblich von Christus gesprochen worden sein soll - nur zu begrüßen sei. Die über Therese Neumann verhängte Besuchssperre besteht vorläufig weiter.

+ + +
Wieder Wacker. Unter Vorsitz von Landgerichtsrat Hanner begann vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I Berlin die Berufungsverhandlung gegen den Kunsthändler Otto Wacker, der beschuldigt wird, 33 unechte von Gogh-Bilder im Bewusstsein ihrer Unechtheit als echt in den Handel gebracht zu haben. In der ersten Verhandlung war Wacker wegen fortgesetzten Betruges zum Teil in Tateinheit mit schwerer Urkundenfälschung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Sowohl der Staatsanwalt als auch der Verurteilte hatten gegen den Spruch des Gerichts Berufung eingelegt. Die neue Verhandlung, die nun abermals in einem durch Ausstellung der inkriminierten Bilder museal verwandelten Gerichtssaal stattfindet, dürfte, gleich der an Spannungsmomenten reichen ersten, mehrere Wochen dauern.

+ + +
Rätsel des Todes. Vor einigen Tagen wurde am Bahndamm der Strecke Berlin-Kassel in der Nähe von Heringen (Helme) der Leichnam einer jungen Frau gefunden. Es ist nunmehr festgestellt, dass es sich bei der Toten um die 21jährige Erzieherin Henny Goldstein aus Frankfurt a. Main handelt. Henny Goldstein war zuletzt in einem Heim für schwachsinnige Kinder in Beelitz bei Berlin tätig, hatte aber ihre Stelle, durch die sie sich seelisch stark belastet fühlte, zum 1. November gekündigt. Die Abreise erfolgte vorzeitig und überstürzt. Verschiedene Anzeichen deuten daraufhin, dass Henny Goldstein durch Sprung aus dem fahrenden D-Zug Selbstmord begangen hat; andererseits besteht aber auch die Möglichkeit eines Verbrechens.

+ + +
Calmette-Nachspiel. Vor der Lübecker Grossen Strafkammer soll sich in absehbarer Zeit der Lübecker Facharzt Dr. Genter wegen fahrlässiger Tötung verantworten. Nach Ausbruch der Calmette-Katastrophe waren ihm zur Behandlung mit seinem "Antiptisin" 35 ärztlicherseits bereits aufgegebenen Säuglinge übergeben worden, von denen 30 am Leben blieben, 5 starben. Nun behauptet der Lübecker Staatsanwalt, dass die fünf Todesfälle auf Unsauberkeit bei den Einspritzungen zurückzuführen seien.

Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Wie steht es mit der Arbeitsbeschaffung?

Von Wl. Woytinsky

SPD. Die regierungsfreundliche Presse berichtet täglich über Neueinstellung von Arbeitskräften in den Betrieben. Der Reichskanzler hat vor kurzem in einer seiner Reden hervorgehoben, dass im September die Arbeitslosenzahl in den Arbeitsämtern sich um 124 000 vermindert hat, während im Vorjahr derselbe Monat eine Zunahme der Arbeitslosenzahl um 140 000 gebracht hatte. Diese Gegenüberstellung sollte für die Wirtschaftspolitik der Regierung das höchste Lob bedeuten.

Wie steht es aber in Wirklichkeit auf dem Arbeitsmarkt?

Die Berichte der Arbeitsämter weisen seit Frühjahr den Rückgang der Arbeitslosenzahl nach, der bekanntlich nicht auf die Entlastung des Arbeitsmarktes, sondern auf die Verschlechterung des Unterstützungsrechtes zurückzuführen ist. Man ist daher geneigt, auch ihren jüngsten Bericht mit grossem Misstrauen entgegenzunehmen. Die Berichte der Gewerkschaften lassen aber erkennen, dass im September die Zahl der Arbeitslosigkeit wirklich etwas zurückgegangen ist. Nach den monatlichen Ausweisen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes waren unter den Gewerkschaftsmitgliedern arbeitslos: Ende Juni 43,6 v.H., Ende Juli 44,4 v.H., Ende August 44,5 v.H., Ende September 44,1 v.H. Ein winziger, kaum nennenswerter Rückgang, der allerdings in dieser Jahreszeit symptomatisch sein kann und sich z.T. aus dem Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes sowie der Notstandsarbeiten erklären lässt.

Auch die Kurzarbeit ist im September etwas zurückgegangen: Ende August standen 22,5 v.H. der Gewerkschaftsmitglieder in Kurzarbeit, Ende September waren es 22,0 v.H.; die durchschnittliche Arbeitszeitverkürzung betrug Ende August 14,2 Stunden, Ende September 13,7 Stunden in der Woche. Die gesamte Arbeitslosigkeit (unter Umrechnung der Kurzarbeit in Vollarbeitslosigkeit) ist damit von 51,2 v.H. auf 50,4 v.H. gesunken.

Eine kleine Verbesserung der Beschäftigung im September ist also eine Tatsache. Leider weiss man nicht, ob diese Verbesserung lange anhalten und fortschreiten wird. Vollständig abwegig sind jedenfalls die Versuche, diese Wendung - vielleicht eine nur vorübergehende Wendung - im Konjunkturablauf in Verbindung mit den Regierungsmassnahmen zu setzen. Der goldene Regen der Steuergutscheine sollte sich auf die Wirtschaft erst im Oktober ergiessen, seine Auswirkung in der September-Statistik des Arbeitsmarktes kommt daher nicht in Frage. Was andererseits die durch die Notverordnung vom 5. September angeordneten Mehreinstellungen von Arbeitskräften betrifft, so lässt sich ihr Umfang noch nicht überblicken. Amtlich wurde berichtet, dass im September die Arbeitgeber die Neueinstellung von etwa 13 000 Arbeitern als Veranlassung für die Lohnkürzung gemeldet haben. Wahrscheinlich ist seither diese Zahl gestiegen. Aber auch wenn sie sich verdoppelt oder verdreifacht haben sollte, fällt diese Bewegung nicht schwer ins Gewicht.

In der Wirtschaft findet immer eine Fluktuation der Arbeitskraft statt: in den einen Betrieben werden stets Arbeiter entlassen, während in den anderen neue Arbeitsplätze geöffnet werden. Die Arbeitsämter allein haben im September 1931 rund 270 000 Arbeitssuchende vermittelt, während die Arbeitslosenzahl in diesem Monat um 140 000 angewachsen war! Nach der Statistik der Krankenkassen schwankt die Zahl der Arbeitskräfte, die monatlich von einem Betriebe

abgestossen und von einem anderen angestellt werden um 1,5 Millionen monatlich. In der Regel handelt es sich hier um Mehreinstellung von Arbeitskräften (im Sinne der Notverordnung), der allerdings die Kürzung der Belegschaften in den anderen Betrieben die Wage hält.

Wenn die Unternehmer nur einige Zehntausende Mehreinstellungen als Vorwand für die Anwendung der Notverordnung angemeldet haben, bedeutet dies einen kläglichen Misserfolg des durch die Notverordnung geschaffenen Systems.

Uebrigens beginnen auch die Unternehmer einzusehen, wie unzulänglich dieses System ist, das einzelne Betriebe gegeneinander ausspielt, alle Grundlagen des gesunden Wettbewerbs auf dem Markt zerstört und in der Arbeiterschaft die äusserste Erbitterung und Entrüstung erweckt.

In den letzten Wochen sind unzählige Fälle bekannt geworden, wo es den Arbeitern gelungen ist, die Lohnkürzung auf Grund der Mehreinstellungen abzuwehren. Der ADGB versuchte, einen statistischen Ueberblick über den Umfang und die Ergebnisse dieses Abwehrkampfes sowie über die Auswirkung des neuen Mehreinstellung=Systems zu gewinnen. Bisher sind Berichte von sechs Verbänden eingetroffen, die sich auf 167 Betriebe mit rund 33 400 Beschäftigten beziehen. Im Ganzen sind hier 6 400 Arbeiter (19 v.H. der früheren Belegschaft) mehr eingestellt worden. Etwa für ein Drittel der Beschäftigten wurde die Lohnkürzung von der Belegschaft abgewehrt, für ein Drittel ist eine 10%ige Lohnkürzung für die 31. bis 40. Stunde eingetreten, bei einem Drittel schwankt die Lohnkürzung zwischen 20 bis 50 v.H. Dies ist ein Ergebnis des gewerkschaftlichen Kampfes, das sich sehen lässt.

Nicht minder beachtenswert ist die andere Seite der jüngsten Mehreinstellungen auf Grund der Notverordnung. Die Regierung hat behauptet, in seinem Mehreinstellungssystem ein Mittel erfunden zu haben, um die Unternehmer - ohne Zwang - zur Einführung der 40=Stunden=Woche zu veranlassen. Diese Rechnung hat sich als falsch erwiesen: die Mehreinstellungen wurden nur in seltenen Fällen mit der Verkürzung der Arbeitszeit verbunden, im weit grösseren Umfange fand in der jüngsten Zeit die Verlängerung der Arbeitszeit statt. In vielen Fällen lassen die Arbeitnehmer ihre Belegschaft länger arbeiten, um auf diese Weise die Lohnkürzung für die 31. bis 40. Stunde zu kompensieren!

Dies alles lässt erkennen, wie wenig der jüngste geringe Rückgang der Arbeitslosigkeit auf die Rechnung des von der Regierung angekündigten Wirtschaftsplanes zu setzen ist!

SPD. Der Personalrat der Niederländischen Eisenbahnen hat der Direktion in Utrecht zu deren Schreiben wegen eines neuen Lohnabbaus mitgeteilt, dass er den starken Rückgang der Einnahmen nicht als berechtigten Grund eines neuen Lohnabbaues anerkennen könne. Nach der einmütigen Auffassung des Personals liege die Hauptursache des Entstehens des Defizits in der seither befolgten Verkehrspolitik. Auch die beabsichtigte Herabsetzung der Tarife werde zunächst einen nachteiligen Einfluss auf die Einnahmen ausüben. Der stets fortschreitende Abbau der Position des Eisenbahnpersonals finde seine Stütze in der diesem auferlegten gesetzlichen Einschränkung in der Wahl der Mittel, falls dieses eine Aktion führen wolle. Das Personal sei immer mehr der Auffassung, dass damit Missbrauch getrieben werde. Es sei daher sehr ernst gemeint, wenn die Direktion im Interesse des Personals und des Betriebes dringend gebeten werde, ihren Vorschlag zurückzuziehen.

Wirtschaft Technik Handel

Gewerkschaften und Papenplan.

Der Graf aber liess sich entschuldigen.

SPD. Der Reichskanzler von Papen hätte klug getan, 2 von den 24 Stunden, die auch sein Tag zählt, der grossen Kundgebung der freien Gewerkschaften zu widmen, die sich am Dienstag in den Räumen des Reichswirtschaftsrats mit dem Papenplan auseinandersetzten und gegen den notverordneten Lohnabbau protestierten. Herr von Papen, der gegenwärtig von Unternehmertagung zu Unternehmertagung eilt, hatte antworten lassen, dass er keine Zeit habe. Keine Zeit für die Vertreter von 5 Millionen schaffenden Menschen! Die Teilnehmer an der Kundgebung der Gewerkschaften hatten das bittere Gefühl, dass bei dieser Regierung der Staatsbürger erst beim Unternehmer anfängt.

Was wollen die Gewerkschaften von dem Reichskanzler? Die Gewerkschaften stehen auf dem Standpunkt, dass der Papenplan nicht das geeignete Instrument ist, die Wirtschaft anzukurbeln. Dass der Umbauplan der Gewerkschaften zu mindesten besser ist als der Papensche Ankurbelungsplan. Dass es auf jeden Fall ein Unrecht ist, wenn man dem Unternehmertum ein Geschenk von 1,5 Milliarden Mark macht, die man einige Wochen vorher der Arbeiterschaft durch Drosselung der Renten, der Löhne, durch die Salzsteuer, durch Abwürgung der Unterstützungssätze usw. entzogen hat. Immerhin sagen sich die Gewerkschaften, die grosse Aufgabe der Gegenwart ist, die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Wenn man das mit dem Papenplan vermag, so wird man sich mit diesem Plan abfinden müssen. Aber unnötig sind in diesem Plan die sozialen Quälereien, die kleinlichen Schikanen, die verordneten Lohnsenkungen, von denen selbst grosse Teile der Unternehmerschaft der durchaus richtigen Auffassung sind, dass sie nichts taugen und denen gegenüber sich viele Unternehmer schämen, von ihnen den gesetzlich erlaubten Gebrauch zu machen. Wenn die Gewerkschaften verlangen, dass die Lohnabbauverordnungen vom 5. September und 3. Oktober aufgehoben werden, dann wird der Papenplan sicherlich nicht schlechter, sondern besser. Die gegenwärtige Krise besteht eben darin, dass nicht zu wenig produziert, sondern dass zu wenig konsumiert wird. Jede Hebung des Konsums dient der Krisenüberwindung. Jede Einschränkung des Konsums muss die Krise verschärfen. Und darüber: Für den von der Regierung Papen verordneten Lohnabbau liegt nicht mehr und nicht weniger moralisches und wirtschaftliches Recht vor als für die Reparationstribute.

Der Reichskanzler hätte klug getan, sich am Dienstag anzuhören, was die Gewerkschaften zu sagen hatten. Mit Recht betonte Tarnow vom Holzarbeiterverband, dass die Regierung sich täusche, wenn sie die Gewerkschaften durch kleinliche Schikanen und juristische Verfügungen schachmatt setzen will, und wenn ihr das gelänge, dann drängt sie eben den Abwehrkampf auf einen andern Boden und in andere Formen. Die Staatsautorität könne nicht schlimmer erschüttert werden als wenn diejenigen, auf deren Seite das offenkundige Recht ist, sich gegen Gesetze und Staatsgewalt zur Wehr setzen müssen.

In der grossen Kundgebung der Gewerkschaften, die am Dienstag in Berlin stattfand, rechnete der Vorsitzende des ADGB Theodor Leipart mit den sinnlosen Behauptungen ab, die Gewerkschaften sabotierten mit ihrem Widerstand gegen

den notverordneten Lohnabbau die Wiedereinstellung von Arbeitslosen. Die Dinge liegen so, dass die Gewerkschaften ein brennendes Interesse daran haben, dass möglichst viele Arbeitslose wieder in Brot und Arbeit kommen. 40 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder seien arbeitslos, 22 % arbeiteten verkürzt. Gegen die Sabotagegerüchte spreche wohl am besten die Tatsache, dass die Gewerkschaften schon seit Jahren um die Verkürzung der Arbeitszeit kämpfen.

Das Hauptreferat erstattete Tarnow vom Holzarbeiterverband. Die Natur der gegenwärtigen Krise kennzeichnete er dahin, dass es Deutschland nicht an Produktionsmitteln und nicht an der Fähigkeit zu produzieren fehle; auch sei der Konsumbedarf nicht zurückgegangen. Aber die Kaufkraft für die Konsumgüter sei ständig gesunken und damit auch die Produktion. Auf diesen Erkenntnissen baue sich das Programm der Gewerkschaften für die Arbeitsbeschaffung auf, das einen Kreditbedarf von 2 Milliarden Mark vorsieht, um 1 Million Arbeiter für ein ganzes Jahr zu beschäftigen. Man habe den Gewerkschaften entgegen gehalten, ihr Programm müsste eine Inflation heraufbeschwören. Nun, so stellte Tarnow unter Beifall der Versammelten fest, sehe das Papenprogramm die Verteilung von 2,2 Milliarden Mark Steuerscheingeschenke an die Unternehmer vor. Jedoch sei die Inflationsangst beschwichtigt und man höre nichts vom Inflationsgeschrei. Die Regierung nehme aber einfach an, man brauche den Unternehmern nur Geld zu geben, dann würden sie schon mehr arbeiten lassen. Die Arbeitgeber können aber nur mehr arbeiten lassen, wenn sie die Aussicht haben, auch mehr zu verkaufen. Diese Aussicht bestehe angesichts des Lohnabbaus aber nicht. Das wüssten die Unternehmer am besten. Die Gewerkschaften seien bereit, dem wirtschaftlichen Teil des Regierungsplanes die Chance zuzubilligen, seine Brauchbarkeit unter Beweis zu stellen. Die Gewerkschaften kannten das Elend und die grenzenlose Verzweiflung der Arbeitslosen zu gut, um sich Massnahmen in den Weg zu stellen, von denen man immerhin hoffen könne, dass sie den Arbeitslosen helfen. Sollte der Papenplan nicht den erhofften Erfolg bringen, dann würde nicht Schadenfreude die Gewerkschaften erfüllen, sondern Bitterkeit, dass hier mal wieder grosser Aufwand nutzlos vertan worden ist.

Die Gewerkschaften müssten sich aber leidenschaftlich dagegen wenden, wenn der Papenplan mit unerträglicher Härte in den Lebensstandard der Arbeiterschaft und in ihre sozialen Rechte eingreift. Der Reichskanzler stehe auf dem Standpunkt, "dass alles was den Unternehmungsgeist im Lande stärkt, was zur Geschäftsbelebung und zur Erhöhung des wirtschaftlichen Umsatzes führt, Sozialpolitik im besten Sinne des Wortes ist". Das sei einseitig. Die Gewerkschaften betonen demgegenüber: "Alle Sozialpolitik, die auf das Wohl der arbeitenden Klasse abgestellt ist, die der Erhaltung und Verbesserung der menschlichen Arbeitskraft dient, die durch die Pflege der Massenkaukraft die Voraussetzung für die Erhöhung des wirtschaftlichen Umsatzes schafft, ist Wirtschaftspolitik im besten Sinne des Wortes."

Die Regierung könne unmöglich bestreiten, dass sie Milliardengeschenke an die Unternehmer verteilt habe. Die Regierung werde auch zugeben müssen, dass sie Milliardengeschenke gemacht habe, ohne die Gewähr zu haben, dass durch diese Geschenke mehr Arbeit beschafft wird. Zu diesen Milliardengeschenken käme noch der Lohnabbau, der, ebenfalls wie die Subventionen, ohne jeden wirtschaftlichen Sinn sei. Wie die Unternehmer selbst über den notverordneten Lohnabbau dächten, könnte der anwesende Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, der Ministerialrat Dr. Sitzler besser sagen als er, der Redner. Es gäbe viele Unternehmer, die sich schämen, diesen Lohnabbau vorzunehmen, und von massgeblicher Arbeitgeberseite sei der Regierung deutlich gemacht worden, dass ein wesentliches Unternehmerinteresse an dieser Lohnsenkung nicht vorliegt. Es sehe so aus, als ob es nur noch eine Prestigefrage für die Regierung sei, ob sie die Notverordnung vom 5. Oktober nicht wieder aufheben soll.

Die Art und Weise, wie die ganze Ankurbelungsaktion der Reichsregierung zustande gekommen ist, wird durch eine Anekdote bezeichnet, die Tarnow vortrug.

Danach hatten zwei Ministerien die Aufgabe erhalten, sich den Kopf über die Wirtschaftsankurbelung zu zerbrechen. Das eine Ministerium schlug die Einstellungsprämie vor, das andere die Lohnsenkung. Da man sich nicht für diese oder jene entscheiden konnte, entschied man sich im Kabinett Papen für beide. So sei, so führte Tarnow weiter aus, das Durcheinander und der wirtschaftliche Widersinn im Papenprogramm entstanden. Der erfolgreiche Konkurrent bekomme zu seinem geschäftlichen Vorteil staatliche Lohnzuschüsse und einen Tribut aus der Lohntüte der Arbeiter. Die Regierung streue Sand in den Mechanismus der kapitalistischen Konkurrenz; sie mache den unglaublichen Versuch, die neuleidenden Grenzbetriebe in der kapitalistischen Wirtschaft, die dieser Wirtschaft eigen sind, auszuschalten, was Subventionierung der gesamten Wirtschaft bedeutet.

Tarnow führte weiter Beispiele an, wie grotesk sich die Aktion der Regierung ausgewirkt habe. Eine grosse Baufirma in München hat ihre in München beschäftigten Arbeiter entlassen, bezieht aber trotzdem auf Grund der Papenschen Notverordnung Einstellungsprämie, weil sie draussen im Lande billig bezahlte Tiefbauarbeiter einstellt. Ein kleiner Bauunternehmer hat mit 8 Mann bei dem Bau eines Hauses Arbeit für zehn Wochen. Nun stellt er 2 Mann mehr ein, wodurch sich die Arbeit auf 8 Wochen verringert. Kein Stein wird mehr vermauert. Der Unternehmer wartet mit keinerlei Gegenleistung auf. Trotzdem erhält er Lohntribute in Höhe von 360 Mark und Prämien in Höhe von 154 Mark. Damit die Arbeiter zwei Wochen früher arbeitslos werden, macht die Regierung diesem Unternehmer ein Geschenk, auf Grund einer Notverordnung, die die Überschrift trägt: "Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit". Die Lederfabrik Ilgenstein in der Niederlausitz beschäftigt 50 Mann, stellt 26 Personen ein und macht für 10 Stunden einen Lohnabzug von 50 %. An Einstellungsprämien und Lohnabzügen gewinnt die Firma 363,40 Mark. Der gesamte Neulohn macht aber nur 72,72 Mark aus. Dazu hat die Firma noch 26 Arbeitskräfte, die ihr keinen Pfennig kosten usw.

Die Gewerkschaften, so fuhr Tarnow fort, seien sich über die Wichtigkeit einer Arbeitszeitverkürzung klar. Die Gewerkschaften hätten den Arbeitern immer gesagt, dass sie im Interesse der Arbeitslosen dieses Solidaritätsoffer auch dann auf sich nehmen sollten, wenn nach den gegebenen Verhältnissen ein Lohnausgleich zur Zeit nicht gegeben werden kann. Aber nun seien die Stundenlöhne immer und immer wieder gesenkt worden, nun habe der Wochenlohn auch bei vielen voll beschäftigten Arbeitern eine Stufe erreicht, wo es kaum noch möglich sei, einigermaßen das Leben zu fristen. Nun sei es schon sehr viel schwerer geworden, den Vollbeschäftigten zuzumuten, nochmals 17 % ihres Lohnes zu opfern. Wenn dazu noch statt eines Lohnausgleichs ein weiterer Abzug bis zu 10 % auf Grund der Lohnsenkung komme, wenn von einem schon ganz unzulänglichen Einkommen bis zu 27 % geopfert werden sollen, dann müsse man doch verstehen, dass selbst unter dem Gesichtspunkt der weitestgehenden Solidarität ein solches Opfer den Arbeitern nicht mehr zugemutet werden könne. Die Bestimmung der Notverordnung, dass sogenannte gefährdete Betriebe Anspruch auf eine Lohnsenkung bis zu 20 % haben, müsse zur Zerschlagung der kollektiven Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse führen, wie andererseits der brutale Arbeitgeber, der seine Betriebe ausgekämmt hat, durch Lohnabbau und Einstellungsprämien belohnt und der wirklich soziale Arbeitgeber, der den Versuch machte, seine Arbeiter durchzuhalten, bestraft wird.

Die Arbeitnehmer seien von einer tiefen Erbitterung gegen die Notverordnung erfüllt. Das sei kein Egoismus der noch Beschäftigten. Die deutsche Arbeitnehmerschaft und namentlich die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft habe schon so überwältigende Beweise für ihr Solidaritätsgefühl abgelegt, dass sie dieser Vorwurf nicht treffen kann. Die Arbeiterschaft sei erbittert, weil sie weiss, dass sie allein und mit empörender Ungerechtigkeit zu Opfern herangezogen werde, die nicht nur untragbar, sondern für die Wirt-

schaftsbelebung entbehrlich und geradezu hemmend sei. Der Reichskanzler habe das Ende der Deflationspolitik versprochen. Damit scheinere der Reichskanzler nur das Ende der Preissenkungen zu meinen, nicht aber das Ende der Lohnsenkungen. Dem entspreche es, wenn die Reichsregierung eine Agrar- und Kontingenz-tierungspolitik treibt, die die Arbeiterschaft in Form überhöhter Preise aufs neue belasten muss.

Nörpel vom ADGB führte folgendes aus: Zu den lohnpolitischen und sozialpolitischen Bedenken der Gewerkschaften gegenüber dem Wirtschaftsprogramm der gegenwärtigen Reichsregierung kommen Bedenken gegen die tiefgehenden Eingriffe der Reichsregierung in die Rechtsstellung der Arbeiter im Staate sowie in das Tarifrecht und in das Arbeitsrecht. Der Artikel 165 Absatz 1 der Reichsverfassung bedeutet die Anerkennung der Arbeiter als Staatsbürger, Gleichberechtigung der Arbeiterklasse gegenüber den Arbeitgebern, Anerkennung der Gewerkschaften als berufene Vertretung der Arbeiterklasse und Anerkennung des Tarifvertrages als Mittel zum Ausgleich der Interessen zwischen Arbeiterklasse und Arbeitgebern zur Förderung, Wahrung und Erhaltung des Wirtschaftsfriedens. Es kann nicht bestritten werden, dass die gegenwärtige Reichsregierung in diese Grundrechte der Arbeiter entscheidend eingegriffen hat. Dass sich dagegen die Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit wenden, ist geradezu selbstverständlich. Nach wie vor besteht bei der Verminderung der Tariflöhne auf Grund der Notverordnung vom 5. September 1932 auch die Kampffreiheit.

Die Gewerkschaften hatten sich nach wie vor an die von ihnen abgeschlossenen Tarifverträge gebunden, aber eben nur an den vereinbarten Inhalt dieser Tarifverträge. Gegenüber anderen, nicht dem Tarifinhalt entsprechenden Abmachungen gibt es keine Friedenspflicht.

Die Reichsregierung hat erklärt, Tarifvertrag und Schlichtungswesen sollen erhalten bleiben. Das stimmt jedenfalls nicht überein mit den vor Erlass der Notverordnungen abgegebenen Erklärungen der Reichsregierung. Denn hier nach sollte wenigstens die Verbindlichkeitserklärung nur noch in seltenen Ausnahmefällen Anwendung finden. Mit Recht wurden die Tarifparteien auf den freiwilligen Abschluss von Tarifverträgen hingewiesen. Aber wie sollen sie das tun, nachdem die Reichsregierung die Vertragsgrundlage aufgehoben hat? Die Arbeitgeber haben darüber hinaus sogar die Beseitigung des Schlichtungswesens überhaupt gefordert. Ob diese Stimmung bei Reichsregierung und Arbeitgebern inzwischen nicht schon wieder umgeschlagen ist, kann durchaus unerörtert bleiben. Massgebend ist für die Gewerkschaften allein, dass Tarifverträge, die nicht einmal mehr Mindestlebensbedingungen gewährleisten, und ein Schlichtungswesen, das nur gegen die Arbeiterklasse gerichtet ist, für die Arbeiter kein Interesse sind.

Mit diesen Massnahmen hat die Reichsregierung das heute für den Interessenausgleich zwischen Arbeiterklasse und Arbeitgeber geradezu unerlässliche kollektive Arbeitsrecht gefährdet. Damit ist aber zwangsläufig die Erhaltung des Wirtschaftsfriedens selbst gefährdet. Durch die Massnahmen der Reichsregierung gezwungen, werden sich die Auseinandersetzungen zwischen Arbeiterklasse und Arbeitgebern nunmehr wieder vorwiegend betrieblich abspielen. Wenn dadurch weniger Tarifverträge als bisher zustande kommen bzw. der Kreis der tarifunterworfenen Betriebe und Arbeiter erheblich enger wird, dann wird die Reichsregierung sehr bald selbst einsehen, dass alle getroffenen und irgendwie noch zu treffenden Massnahmen in die leere Luft stossen. Denn dass man aus 20 Millionen deutschen Arbeitern Sklaven machen kann, ist ein Irrglaube, dem sich auch die gegenwärtige Reichsregierung nicht hingeben sollte!

Neuerdings finden innerhalb der Reichsregierung auch Erörterungen darüber statt, ob man nicht etwa für alle öffentlichen Verwaltungen und Betriebe die Massregelungsschutzvorschriften des § 84 Abs. 1 Ziff. 4 des BRG. vorübergehend aufheben könne. Es ist dann nur noch ein weiterer Schritt in der Entwicklung, auch für die privaten Verwaltungen und Betriebe diese Schutzbestimmungen aufzuheben. Auch das liegt in der Linie der gegenwärtigen Politik. Alles Recht der Arbeiter soll beseitigt werden.

SPD. Die Benzinkonvention hat abermals in Richtung einer Benzinpreiserhöhung vorgestossen und zwar wird sie im Berliner und Hamburger Bezirk den Benzinpreis um 2 Pfennig erhöhen. Die Preise stellen sich dann für Benzin, immer pro Liter, auf 37, für Gemisch auf 41 und für Benzol 45 Pfennig. Die neue Preiserhöhung wird mit dem Hinweis getarnt, dass es sich um eine "Angleichung der Hamburger und der Berliner Preise an die Preise in den übrigen Wirtschaft gebieten handele. In Wirklichkeit liegen die Preiserhöhungen auf der Linie, den Benzinpreis um insgesamt 8 bis 9 Pfennige zu steigern, trotzdem sich die Preisverhältnisse auf den Weltwarenmärkten nicht verändert haben. Die neue Benzinverteuerung wird in wichtigen Wirtschaftsbezirken zur weiteren Stilllegung des Verkehrs führen. Der Reichswirtschaftsminister, dem das Wohl der Wirtschaft anvertraut ist, tut nichts gegen diese Sabotage der Wirtschaft. Dagegen trägt sich die Reichsregierung mit dem Gedanken, die Pauschalsteuer um rund 50 Millionen Mark zu senken, obwohl sie weiss, dass diese Senkung von der Benzinkonvention sofort zum Anlass genommen wird, die Preise weiter zu erhöhen. Das nennt die autoritäre Regierung von Papen Wirtschaft treiben.

SPD. Der Industrie- und Handelstag hat sich mit einem Schreiben an den Reichskanzler gewandt, in dem er gegen die Ungerechtigkeiten protestiert, die das Osthilfeverfahren für Gewerbe, Handel und Industrie auslöst. Es sei beabsichtigt, die Verluste der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Höhe von 70 %, anscheinend sogar später von 100 % aus öffentlichen Mitteln zu ersetzen, während man die Gläubiger aus Handel und Industrie immer darauf verwiesen hat, dass für sie nicht mehr als die sehr magere Entschädigung zur Verfügung stände, die sie auf Grund der Sicherungsverordnung zu erwarten haben. Es sei weder rechtspolitisch vertretbar, noch mit den einfachsten volkswirtschaftlichen Grundsätzen zu vereinbaren, wenn die Lasten der Osthilfe fast ausschliesslich derjenigen Bevölkerungsgruppe auferlegt werden, die zur Zeit der Eröffnung der Sicherungsverfahren Gläubiger der von den Osthilfemassnahmen geschützten Landwirte waren.

Die Ungerechtigkeiten, über die sich Handel und Industrie jetzt beklagen, sind eine Begleiterscheinung allgemein-politischer Reaktion. Ist es nicht so, dass Handel und Industrie, die sich jetzt über die Auswirkungen dieser Reaktion beklagen, alles getan haben, um diese Reaktion zu fordern?

Berliner Viehmarkt.

(18. Okt.)

SPD. Bei erheblich gesteigertem Auftrieb war die Preisentwicklung auf dem Schweinemarkt durchaus uneinheitlich; jedoch überwogen die Abflachungen. Bei glattem Geschäft gab es auf dem genügend beschickten Hammelmarkt Gelegenheit, zu den letzten Preisen zu kaufen. Die Preisaufbesserungen auf dem Kälbermarkt beruhten durchweg auf nicht genügender Beschickung. Auf dem Rindermarkt entsprach das Angebot mehr der Nachfrage.

Notierungen: Schweine: a) über 300 Pfund 46 - 47 (46-48), b) 240-300 Pfd. 45-46 (43-46), c) 200-240 Pfd. 42-45 (41-44), d) 160-200 Pfd. 39-42 (38-41).
c) 120-160 Pfd. 37-38 (36-37) Sauen 38-40 (38-40). Schafe: a) 29-30 (29-30), b) 32-34 (32-34) c) 28-31 (28-31), d) 15-26 (15-26). Kälber: b) 50-55 (45-53) c) 38-50 (35-47), d) 20-30 (20-28). Kühe: a) - (24-25) b) 18-22 (19-23), c) 16-17 (16-18) d) 8-15 (10-15).

Totgestützter Markt.

(Berliner Getreidebörse vom 18. Oktober).

SPD. Die Stimmung an der Berliner Produktenbörse war am Dienstag erheblich schwächer. Es kam grösseres Angebot, besonders an Weizen, auf den Markt, während die Nachfrage der Mühlen sich weiter in engsten Grenzen hielt. Nur bei entgegenkommenden Preisen kamen Abschlüsse zustande, sodass die Notiz für prompte Ware um eine Mark herabgesetzt werden musste. Am Markte der Zeitgeschäfte bewegten sich die Preisverluste um $1\frac{1}{2}$ Mark herum. Auch beim Roggen übertraf das Angebot die Nachfrage. Abgesehen von den üblichen Stützungskäufen wurden nur wenig Abschlüsse bekannt. Die Preisrückgänge betragen hier eine Mark im Handel mit prompter Ware, $1 - 1\frac{1}{2}$ am Markte der Zeitgeschäfte. Am Mehlmarkt hat sich nichts geändert. Lediglich die dringenden Bedarfsdeckungen wurden vorgenommen. Einzelne Mühlen zeigten sich bei ihren Forderungen für Weizenmehl zu Entgegenkommen bereit. Hafer war knapp behauptet. Das Angebot reichte für die geringe Nachfrage vollkommen aus. Gerste war unverändert. Feinste Brauqualitäten bleiben weiter gesucht.

	17.10.	18.10.
	(ab märkische Station i. Mk.)	
Weizen	200 - 201	199 - 201
Roggen	156 - 159	156 - 158
Braugerste	175 - 185	175 - 185
Futter- und Industrierogerste	67 - 174	167 - 74
Hafer	134 - 139	135 - 139
Weizenmehl	25,00 - 28,50	24,75 - 28,25
Roggenmehl	20,30 - 22,80	20,25 - 22,75
Weizenkleie	9,40 - 9,75	9,40 - 9,75
Roggenkleie	8,40 - 8,80	8,40 - 8,80

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Oktober - bis 213 (Vortag 214 $\frac{1}{2}$), Dezember 211 $\frac{1}{2}$ - 211 $\frac{1}{2}$ (213 $\frac{1}{2}$), März 215 $\frac{1}{2}$ - 215 (216 $\frac{1}{2}$), Roggen Oktober 165 $\frac{1}{2}$ bis 164 $\frac{1}{2}$ (166 $\frac{1}{2}$), Dezember 165 $\frac{1}{2}$ - 164 $\frac{1}{2}$ (166 $\frac{1}{2}$) Hafer Oktober - bis 143 $\frac{1}{2}$ (-). Dezember -(-), März 145 + Brief (-).

Rauhfutternotierungen.

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)Rll	0,85 - 0,80
" " HaferstrohRll	0,45 - 0,60
Roggen=Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündeltRll	0,70 - 0,90
Bindfadengepresstes RoggenstrohRll	0,50 - 0,70
" " WeizenstrohRll	0,45 - 0,55
Häcksel	Tendenz ruhigRll
Gutes Heu, gesund und trocken erster SchnittRll	1,30 - 1,45
Luzerne, loseRll	1,90 - 2,20
Thymothee, loseRll	2,15 - 2,45
Kleeheu, loseRll	2,20 - 2,50
Drahtgepresstes HeuRll	2,00 - 2,30
		0,40 über Notiz

Tendenz stetig.